

Trier gestalten!



**Unser Programm zur Kommunalwahl
am 25. Mai 2014**



Stadtverband Trier

Herausgeber:

Bündnis 90/Die Grünen
Stadtverband Trier

Jüdemerstr. 16, 54290 Trier

Fon 0651-48707

Mail info@gruene-trier.de

Internet www.gruene-trier.de
www.uns-gruener-trier.de

Trier gestalten !

Unser Programm zur Wahl 2014

Inhalt

GRÜNE Politik.....	4
Beteiligung, Transparenz, Demokratie: Mehr Licht!	5
Stadtplanung: Bloß kein Stückwerk!.....	8
Mobilität mit Spaß und Vernunft.....	11
Öko-Energie – ein BürgerInnenprojekt.....	17
Anti-Atom: Störfall Cattenom.....	19
Klima gegen dicke Luft.....	20
Artgerecht: Unser Tierschutz vor Ort.....	22
Schule schafft Chancen	24
Soziales: Lasst alle Teil haben!	27
Integration: Willkommen in der Vielfalt	33
Triers Wirtschaft: Nachhaltig und zukunftsfest	35
Kultur: Unersetzlich wertvoll.....	40
Finanzen: Zukunft gestalten und erhalten!.....	42

GRÜNE Politik

GRÜNE Politik braucht und hat einen langen Atem. Es bedurfte Jahrzehnte bis der Atomausstieg gesellschaftlicher Konsens war, bis wir den Kornmarkt autofrei bekommen haben, bis wir erreicht haben, dass mit der Westtrasse ein wichtiges Teilstück der Regionalbahn reaktiviert wird. Gerade weil GRÜNE Politik langfristig und nachhaltig ausgerichtet ist, ist sie auch eine verlässliche Politik, die sich an dauerhaften Werten und gesellschaftlichen Notwendigkeiten orientiert, statt an saisonalen Moden. GRÜNE Politik ist aber auch unbequem, weil wir bereit sind, die Dinge beim Namen zu nennen und klar Position zu beziehen. Sie ist auch deshalb unbequem, weil wir nicht auf einfache Schlagworte setzen, sondern uns den Herausforderungen der komplexen Problemlagen mit vernetzten Lösungen stellen.

Auch ein GRÜNES Wahlprogramm kann nicht Lösungen für alle Probleme liefern, dafür sind die Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu vielfältig. Aber wir bieten Ihnen mit unserem Programm Lösungswege für die drängendsten Aufgaben der aktuellen Stadtpolitik an. Zu den Herausforderungen gehört es eindeutig auch, die Versäumnisse der Vergangenheit zu beseitigen. Der Sanierungsstau bei unseren Schulen und verbliebenen städtischen Wohnungen steht dabei ganz oben auf der Agenda.

GRÜNE Politik beschäftigt sich nicht nur mit dem Aufräumen der Fehler und Versäumnisse der Vorgänger*innen, sondern will aktiv gestalten. Insbesondere die drei folgenden Schwerpunkte sind hier zu nennen:

Verkehr: Wir brauchen Mobilitätskonzepte, die durch Stärkung des ÖPNV und des Rad- und Fußverkehrs, letztlich auch dem Autofahrer zu Gute kommen, weil der verbliebene Verkehr schneller fließen kann.

Stadtentwicklung: Wir brauchen eine Stadtentwicklung, die die gewachsenen Strukturen unserer Stadt berücksichtigt. Barrierefreie Quartiere mit ausreichender Nahversorgung, für alle Bereiche des täglichen Lebens, sind ein Weg dazu.

Umwelt: Wir brauchen eine Umweltpolitik, nicht nur dem Namen nach. Eine nachhaltige Umweltpolitik muss die Leitlinie allen städtischen Handelns sein.

Mit diesem Programm wollen wir Sie gerne mitnehmen, damit unsere Stadt besser und GRÜNER wird. **GRÜNE Politik braucht Ihre Unterstützung.**

Beteiligung, Transparenz, Demokratie: Mehr Licht!

Bündnis 90/Die GRÜNEN sind die Partei der solidarischen Freiheit. Deshalb ist es uns ein zentrales Anliegen, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an wichtigen Entscheidungen zu stärken und dafür Sorge zu tragen, dass die getroffenen politischen Entscheidungen auch umgesetzt werden. In den vergangenen fünf Jahren hat der Stadtrat auf unsere Initiative hin die Möglichkeit geschaffen, eine kommunale Petition zu stellen, ein Jugendparlament eingerichtet und durchgesetzt, dass die Verwaltung regelmäßig über den Fortschritt bei der Umsetzung von Stadtratsbeschlüssen berichten muss.

Der Weg hin zu einer Stadt der Transparenz und Beteiligung ist aber noch sehr weit. Wir wollen diesen Prozess weiter konsequent vorantreiben.

Beteiligung lebt von Information

Elementare Voraussetzung für mehr Beteiligung ist eine umfassende und frühzeitige Information der Öffentlichkeit. Nach Landesrecht müssen die Beratungen in den zuständigen Ausschüssen über Vorlagen, die später im Stadtrat verhandelt werden, in nichtöffentlicher Sitzung stattfinden. Diese Regelung ist überholt und sollte vom Landesparlament geändert werden. Bis dies geschieht wollen wir in Trier erreichen, dass die Verwaltung verpflichtet wird, die Vorlagen mindestens zwei Wochen vor der Beratung im Ausschuss zu veröffentlichen, damit eine Diskussion sowohl unter den Entscheidungsträgern als auch unter den betroffenen bzw. interessierten Bürgerinnen und Bürgern stattfinden kann.

Die Verwaltung ist nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz verpflichtet, Bürgerinnen und Bürgern auf deren Antrag hin Zugang zu Akten und Informationen zu gewähren. Dies ist für alle Beteiligten ein bürokratischer Weg, den wir vereinfachen wollen. Wir wollen die Verwaltung verpflichten, Informationen, zu denen die Bürgerinnen und Bürger ohnehin Zugang nach den Regeln des Informationsfreiheitsgesetzes haben, im Internet zu veröffentlichen, wobei uns bewusst ist, dass die Umsetzung dieser Idee auf Grund der Datenfülle ein längerer Prozess sein wird.

Demokratie stärken

Mit dem Bürgerhaushalt hat sich die Stadt Trier auf einen richtigen Weg begeben. Allerdings reichen die dort gebotenen Möglichkeiten bei weitem nicht aus. Die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger werden in den allermeisten Fällen von der Verwaltung bewertet, wobei letztlich unklar bleibt, ob die Verwaltungsmeinung tatsächlich zutreffend ist oder nicht. Wir wollen den Bürgerhaushalt aus dem Internet in die Stadt bringen. Das Internet ist geeignet, Vorschläge zu sammeln; dafür muss es die Plattform auch weiter geben. Aber die Bürgerin-

nen und Bürger müssen ihre Vorschläge auch öffentlich vertreten können, Stadtvorstand und Fraktionen müssen sich dazu positionieren und zwar nicht in einer Ratssitzung, bei der die Bürgerinnen und Bürger schweigen müssen, sondern in öffentlichen Foren, bei denen sie sich den Nachfragen, Anmerkungen und Argumenten der anwesenden Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe stellen müssen.

Wir wollen die Ortsbeiräte dadurch stärken, dass sie, vergleichbar den Ausschüssen, abschließend über ihr Ortsbeiratsbudget entscheiden können und es nicht mehr eines weiteren Umsetzungsbeschlusses durch den Stadtrat bedarf. Damit wird auch verhindert, dass gefasste Beschlüsse der Ortsbeiräte über Gebühr auf ihre Umsetzung warten müssen, da sie von der Verwaltung immer wieder geschoben werden kann. Außerdem sollen bei ortsbezirksbezogenen investiven Maßnahmen bis 200.000 € die Ausschüsse I bis IV nach Grundsatzbeschluss zur Investitionshöhe die Vorstellung der Planung, die Beratung und den abschließenden Beschluss an die betreffenden Ortsbezirke delegieren. Zur Stärkung der Ortsbeiräte ist ein Zusammenschluss zu – nach Einwohnerzahl - annähernd gleich großen Einheiten sinnvoll.

Die Beteiligung der Betroffenen an wichtigen Entscheidungen muss auch jenseits der formal vorgesehenen Verfahren erweitert und gestärkt werden. Dass der Oberbürgermeister ein Mega-Projekt wie die Errichtung eines ECE-Centers zunächst hinter verschlossenen Türen über einen dubiosen Entwicklungsvertrag festlegen wollte, ohne dass die Triererinnen und Trierer davon überhaupt etwas mitbekommen sollten, ist skandalös, gerade weil Klaus Jensen als Kandidat der Transparenz und Bürgerbeteiligung angetreten ist. Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass solche großen Projekte nur unter Einbindung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geplant und entschieden werden können.

Auch in der Stadt Trier gibt es eine zunehmende Tendenz, dass Entscheidungen weg vom Stadtrat und den Ausschüssen in Verwaltungs- und Aufsichtsräte von städtischen Körperschaften (Anstalt des öffentlichen Rechts, GmbHs) verlagert werden. Diese Entwicklung sehen wir kritisch, weil Verwaltungs- und Aufsichtsräte nicht politisch entscheiden dürfen, sondern sich ausschließlich an den wirtschaftlichen Interessen des Unternehmens orientieren müssen. Das ist dort sinnvoll, wo die Stadt tatsächlich unternehmerisch tätig wird wie beim ÖPNV, der Gas- oder Stromversorgung (Stadtwerke) oder der Vermietung städtischer Sozialwohnungen wie bei der geplanten Errichtung einer städtischen Wohnungs-AöR. Anders sieht es jedoch aus, wenn die Stadt ureigenste Aufgaben auslagern und damit dem Einfluss des Stadtrats entziehen möchte. Ein Beispiel dafür ist die Idee, die städtischen Gebäude wie Schulen, Rathaus usw. in eine GmbH zu überführen und durch die Stadt anmieten zu lassen. Denn dabei handelt es sich nur um ein Scheinunternehmen: es gibt nur einen Anbieter und einen Kunden (die Stadt selbst). Diese Art der „Privatisierung“ ist unsinnig und wird von uns abgelehnt.

Auch dort, wo öffentliche Aufgaben durch Anstalten bzw. Körperschaften des öffentlichen oder privaten Rechts wahrgenommen werden, müssen grundlegende Entscheidungen öffentlicher und transparenter getroffen werden. Dies wird jedoch dadurch erschwert, dass die Öffentlichkeit auf Grund gesetzlicher Vorschriften oftmals ausgeschlossen wird. Diese Vorschriften sind aber gedacht für private Unternehmen, die sich nicht in ihre Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse schauen lassen möchten. Für öffentliche Unternehmen gilt dies aber nur eingeschränkt. Gerade Fragen von grundsätzlicher Bedeutung müssen in einem öffentlichen Forum diskutiert werden. Deshalb schlagen wir vor, bei den städtischen Unternehmen öffentlich tagende Beiräte einzuführen, die zentrale Fragen diskutieren und Empfehlungen an die Geschäftsführung oder den Verwaltungs- bzw. Aufsichtsrat aussprechen können.

Feinde der Freiheit bekämpfen!

Seit vielen Jahren versucht die Trierer NPD gemeinsam mit rechtsradikalen Kameradschaften aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland, sich in Trier zu etablieren. Ihr Vorsitzender wurde nach rechtskräftiger Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung aus dem Stadtrat ausgeschlossen. Für uns hat der Kampf gegen rechtsradikales Gedankengut und Gewalt eine hohe Priorität. Auf unsere Initiative hin hat der Stadtrat beschlossen, den Verein „Für ein buntes Trier – Gemeinsam gegen Rechts“ zu gründen. Dort werden viele der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen Rechts koordiniert und vorbereitet. Allerdings ist die Stadt bislang der Frage ausgewichen, ob sie selbst einen finanziellen Beitrag leisten will. Wir sind der Meinung, dass es höchste Zeit ist, dass dieser Verein auch unmittelbar eine institutionelle Förderung durch die Stadt Trier erhält, damit die Netzwerkarbeit gegen rechte Umtriebe auf eine solide Basis gestellt werden kann.

Auch in der Auseinandersetzung mit den regelmäßig von der NPD in Trier durchgeführten Versammlungen muss die Stadtverwaltung nachlegen. Es war immenser Druck seitens der Zivilgesellschaft und namentlich auch durch uns Grüne notwendig, bis die Verwaltung damit begonnen hat, die NPD durch Verbote und Auflagen zu beschränken. Dennoch mangelt es beim zuständigen Dezernenten Egger nach wie vor an der erforderlichen Entschlossenheit. Es fehlt an einer Strategie, die demokratie- und freiheitsfeindlichen Nazis systematisch mit allen Mitteln, die dem Rechtsstaat zur Verfügung stehen, zu bekämpfen.

Stadtplanung: Bloß kein Stückwerk!

Trier braucht ein stadtplanerisches und städtebauliches Gesamtkonzept. Ansonsten entstehen Puzzlestücke, die nicht zusammenpassen. Bebauungspläne für bisherige „weiße Flecken“ sind aufzustellen, da die Vergangenheit gelehrt hat, dass diese von Investoren gezielt ausgenutzt werden und die Räte die vorhandenen Lücken dann mühsam wieder schließen müssen. Dies schafft Sicherheit für Investoren und BürgerInnen, vermeidet maßstabssprengende Bausünden. Der Respekt vor den gewachsenen Strukturen und den Bedürfnissen der Menschen steht am Anfang jeglicher Planung - und nicht die Verkehrsplanung für den motorisierten Individualverkehr. Schluss mit der Planung aus der Windschutzscheibenperspektive! Wir treten dafür ein, was in anderen Städten längst Normalität ist: Planungsfehler und Bausünden der Vergangenheit werden mittels aktiver Stadtplanung korrigiert. Die Schaffung neuer Baugebiete an Stadträndern und ökologisch sensiblen Bereichen ist kritisch zu hinterfragen. Die Vermeidung von Zersiedelung ist aktiver Landschaftsschutz. Jedes neue Baugebiet bedarf genauer Untersuchungen hinsichtlich des städtebaulichen Kontexts, der Verkehrsanbindung (insbesondere durch den ÖPNV) und der Umweltverträglichkeit. Auf unsere Initiative hin werden bei neuen Baugebieten mittlerweile energetische Vorgaben definiert. Der demographische Wandel erfordert eine Nahversorgung der kurzen Wege. Die Entwicklung von preiswertem und barrierefreiem Wohnraum muss vorangetrieben werden. Beim Verkauf großflächiger städtischer Grundstücke zu günstigeren Konditionen und mit städtebaulichen Verträgen kann die Stadtverwaltung Bauwilligen entsprechend Vorgaben definieren.

Die Bebauung vorhandener Brachflächen sowie die Nachverdichtung bestehender Grundstücksflächen ist zu fördern. Bei Neu- und Umbaumaßnahmen sind die baulichen Maßstäbe des Umfeldes zu achten. Bauten im Blockinnenbereich und in der „zweiten Reihe“ sollten deutlich niedriger sein als die Straßenrandbebauung. Abstandsflächen zu Grundstücksgrenzen und Nachbarbebauung bedürfen sensibler Überprüfung.

Den Bau eines Einkaufszentrums im Bereich der Europahalle lehnen wir aus städtebaulichen Gesichtspunkten und im Hinblick auf die negativen Auswirkungen auf den Trierer Einzelhandel rigoros ab. Wenn Umstrukturierungen bei bestehenden Kaufhäusern wie z.B. Karstadt und Kaufhof Umgestaltungen erforderlich machen, ist eine Neuentwicklung dieses Innenstadtbereiches nur unter Wahrung der vorhandenen Straßenzüge und öffentlichen Räume vorstellbar. Eine Zusammenführung dieser Flächen – gar unter Einbeziehung der Treviris-Passage – mit ober- oder unterirdischen Verbindungsbauten und ohne durchlässige Fassaden lehnen wir ab. Die Überbauungen der Jüdemerstraße (jetzt Stadtsparkasse) und Böhmerstraße (jetzt Kaufhof in der Fleischstraße zeigen deutlich, dass derartige Maßnahmen das Stadtgebilde zerstören und wichtige Wegebezie-

hungen kappen. Diese Fehler dürfen nicht wiederholt werden.

Trier braucht mehr Grün. Bäume werden gefällt, ohne im Stadtraum ausreichenden Ersatz zu schaffen. Trier braucht eine Baumschutzsatzung. Der Innenstadts fehlt die frische Luft. Frischluftschneisen sind frei zu halten. Einen Neubau für die Feuerwache am Standort Spitzmühle bewerten wir daher äußerst kritisch. Wir kümmern uns um die vergessenen innerstädtischen Plätze: den Bahnhofsvorplatz, Rindertanzplatz, Pferdemarkt und den Paulusplatz. Sie dürfen nicht weiter verwahrlosen. Der Alleenring bedarf als Grünfläche und zur Erinnerung an die mittelalterliche Stadtmauer der gestalterischen Aufwertung.

Ziel unserer Politik ist die Steigerung der Lebens- und Aufenthaltsqualität für alle Trierer jeglichen Alters. Hiervon profitieren auch der Tourismus und der für Trier wichtige Einzelhandel.

Stadt am Fluss

Trier ist eine Stadt neben einem Fluss. Für die Vision einer Stadt am Fluss müssen die Stadtteile links und rechts der Mosel inhaltlich verwoben und die Uferpromenaden attraktiver werden. Der Wettbewerb für das Römerbrückenumfeld, zahlreiche Entwürfe zu Fußgänger- und Radfahrerbrücken über die Mosel dürfen nicht in Schubladen verschwinden; deren Realisierung muss trotz leerer Kassen langfristig angestrebt werden. Die Themen „Stadt am Fluss“, „Soziale Stadt Trier-West“, die Umwidmung ehemals militärisch genutzter Flächen, die Umnutzung der „Gneisenau-Kaserne“, Nahversorgung und Mobilität sind ganzheitlich zu betrachten. Das riesige Gelände zwischen der Eurener Straße bis zur Mosel und vom alten Trier-Wester Bahnhof bis zum Ausbesserungswerk harret einer sinnvollen Umnutzung. Das von der Stadtratsmehrheit definierte Ziel, diese Brachen vorwiegend für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe umzuwidmen, führt in die falsche Richtung. Diese Flächen müssen mit den Schwerpunkten Wohnen, Kultur und Tourismus entwickelt werden. Keine weiteren optischen Umweltverschmutzungen in Trier-West! - wie z.B. das Kaufland in der Aacheener Straße oder das so genannte neue „Dienstleistungszentrum Trier-West“ an der Eurener Straße.

Architektur

Höhere Lebensqualität und bessere Architektur können nur erreicht werden, wenn die Verwaltung höhere Qualitätsstandards fördert und fordert. Das Monopoly zwischen Stadtverantwortlichen und Bauhain muss ein Ende haben. Wir unterstützen die Arbeit des Architektur- und Städtebaubeirats und fordern dessen frühere Einbindung bei städtischen Planungsüberlegungen und Projekten städtischer Beteiligungsgesellschaften wie der EGP und gbt. Wir wollen mehr Architektur- und Städtebauwettbewerbe, die offene Vergabe von Bau- und Planungsaufträgen, eine größere Transparenz bei Vergabeentscheidungen.

Denkmalpflege

Die Stadtstruktur ist der schützenswerte Fingerabdruck einer Stadt. Es sind nicht die Einzeldenkmäler, die eine Stadt prägen, sondern Straßenzüge, Gebäudeensembles, Plätze, Grünflächen und Vorgärten. Diese gewachsenen Maßstäbe sind zu schützen und nicht zu sprengen. Wir fordern einen behutsamen Umgang mit dem baulichen Erbe. Die Denkmalpflege darf sich nicht nur auf den Erhalt von Fassadenelementen beschränken. Die Empfehlungen des Denkmalpflegebeirats und der denkmalpflegerisch tätigen Vereine sind in Genehmigungsverfahren stärker zu beachten. Um Trierern und Touristen Bedeutung und Umfang des baulichen Erbes deutlich zu machen, sind Alternativen zu den herkömmlichen Touristenpfaden anzubieten und auszubauen.

Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung sollte mehr sein, als die vom Gesetzgeber vorgegebene Informationsveranstaltung. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig über städtische Planungen informiert, ihre Bedenken und Anregungen ernst genommen werden. Die Ergebnisse der Bürgergutachten müssen bei der Erstellung von Bauleitplänen und städtischen Planungen berücksichtigt werden. Da unsere Stadt sich weiterentwickelt, müssen die Bürgergutachten fortgeschrieben werden, um aktuell zu bleiben.

Die Freiheit, sich zu bewegen, ist ein hohes Gut. Leider wurde in den vergangenen Jahrzehnten die Fortbewegung mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), dem Fahrrad oder zu Fuß unterdurchschnittlich gefördert. Der Fokus lag immer beim „Motorisierten Individualverkehr“ (MIV), also auf dem Autoverkehr. Andere Arten der Mobilität gerieten so immer stärker ins Hintertreffen. Bahnlinien wurden stillgelegt, Radwege enden im Nirgendwo, und Ampelwartezeiten für Fußgänger*innen werden zu unendlichen Geschichten. Die Folge der Angebotsverknappung beim ÖPNV, sowie der fehlenden Investitionen in den Rad- und Fußverkehr, war eine Zunahme des Autoverkehrs. Dies führte zu höheren ÖPNV-Preisen, zu innerstädtischen Staus, einer immer stärkeren Belastung der städtischen Straßen und immer stärker steigenden Sanierungskosten. Wir wollen, dass die knappen finanziellen Mittel zugunsten des ÖPNV, der Fußgänger*innen und des Radverkehrs umgeschichtet werden.

Die oft geforderte Lösung nach weiteren Straßen bedeutet den Irrsinn auf die Spitze zu treiben. Die Trierer GRÜNEN setzten sich seit Beginn für eine Gleichberechtigung aller, und den besonderen Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen ein.

Unser Ziel ist es, den Öffentlichen Personennahverkehr zur Pflichtaufgabe der Kommunen zu machen. Dadurch wäre die Versorgung mit ÖPNV nicht mehr von Sparauflagen der Aufsichtsbehörden bedroht.

Wir stehen dafür, die Versäumnisse der Vergangenheit zu beseitigen. So haben wir für den Koalitionsvertrag der Landesregierung die Reaktivierung der Westtrasse für den ÖPNV durchgesetzt, die jetzt gerade umgesetzt wird.

Moderne Fortbewegung braucht multimodale Verkehre. Das heißt, eine intelligente, ressourcenschonende Verknüpfung der Transportmittel. Um die Chancen eines multimodalen Verkehrs voll ausschöpfen zu können, bedarf es Mut, Weitsicht und etwas weniger Asphalt in den Köpfen.

1. Mit dem ÖPNV zur Schule, Arbeit und in die Freizeit

Um den Öffentlichen Personennahverkehr attraktiv zu machen, muss das ÖPNV-Netz zwingend optimiert werden. Es bedarf einer besseren Abstimmung der Netzpläne innerhalb des Verkehrsverbundes. Die Taktung muss deutlich erhöht werden, so wie es in manchen Bereichen schon realisiert ist. Die Einführung eines Ringverkehrs ist zu prüfen. Fahrplanmäßige Ankünfte von Regionalbussen kurz nach der Abfahrt des Sternverkehrs, darf es nicht mehr geben. Die Haltestellen müssen attraktiver werden, und in den Bussen selbst ist mehr Platz für Kinderwagen, Rollstühle, Rollatoren und Fahrräder vorzuhalten.

Der Fokus der VERKEHRSWENDE ist auf den Berufsverkehr zu richten. Hier sind das stärkste Potential und die größte Bereitschaft für einen Umstieg auf den ÖPNV zu finden. Linienführung und Taktungen sind an die Bedürfnisse des Berufsverkehrs anzupassen. Vor allem für die große Zahl der Berufspendler*innen sind hier Angebote zu schaffen.

Mit dem Bau der Haltepunkte an der Westtrasse wird ein wichtiger Schritt für die VERKEHRSWENDE gemacht. Bei der Umfeldgestaltung der Haltepunkte sind die Stadt Trier und die Stadtwerke gefordert. Wir brauchen eine gute Erreichbarkeit für Radfahrer*innen und sichere und trockene Radparkplätze. Die neue Schienenverbindung muss optimal mit den Buslinien abgestimmt werden.

Die Westtrasse alleine wird sehr viel helfen bei der Bewältigung der Verkehrsprobleme der Stadt, aber sie darf nicht losgelöst von den anderen wichtigen ÖPNV-Projekten gesehen werden. Wir brauchen eine zügige Realisierung der gesamten Regionalbahn. Der Bau der Haltepunkte auf der Haupttrasse ist zwingend erforderlich. Gerade die Haltepunkte Aulbrücke, Kaiserthermen und Trier-Nord müssen zügig realisiert werden. Außerdem ist die optimale Einbindung der Eifelstrecke in das Regionalbahnkonzept notwendig.

Um die Schnelligkeit des ÖPNV und damit seine Attraktivität zu steigern, brauchen wir deutlich mehr Busspuren in der Stadt. Der Alleenring braucht eine Umweltpur, die ausschließlich von Bussen, Radfahrer*innen und Taxen genutzt wird.

Ampelschaltungen dürfen nicht nur den Motorisierten Individualverkehr (MIV) im Fokus haben, sondern müssen auch die Bedürfnisse von Fußgänger*innen im Blick haben. Wir fordern längere und häufigere Grünphasen für Fußgänger*innen.

Die Preise im ÖPNV müssen wieder erschwinglich werden. Bisher war es im VRT nicht möglich, als Stadt Trier die ÖPNV-Tarife festzulegen. Das Vertragswerk im VRT, durch das die Höhe der Tarife geregelt wird, die sog. Allgemeine Vorschrift, wird aktuell überarbeitet. Durch die Neuregelung wird der Stadt Trier eine Tarifgestaltung unabhängig von den Landkreisen ermöglicht. Die Stadt muss dann entsprechende Summen in den Haushalt einstellen. Wir werden uns nach wie vor für deutlich günstigere Tickets für Vielfahrer*innen einsetzen: 50 Euro für ein Monatsticket ist unsere Zielvorstellung. Die Vergünstigungen müssen auf weitere Personengruppen erweitert werden.

Auch insgesamt ist der VRT in seiner Struktur zu reformieren. Passen die aktuellen Mitglieder noch zueinander? Sollen wir neue Partner*innen mit aufnehmen? Wie müssen Vertragswerke gestaltet werden, um auch die Interessen der Stadt mit zu berücksichtigen? Im VRT gibt es viele offene Fragen, an deren Lösung wir in den nächsten Jahren weiter intensiv arbeiten müssen.

2. Lärmfrei leben durch weniger Verkehr

Der immer stärker zunehmende Autoverkehr schafft nicht nur Probleme für die Verkehrsteilnehmer und immer höhere Ausgaben in der Erhaltung der Straßeninfrastruktur, sondern belastet durch den zunehmenden Verkehrslärm auch immer stärker die Anwohner*innen. Um die Lärmbelastungen durch den Verkehr zu reduzieren, brauchen wir leisere Verkehre. Wir brauchen mehr Raum für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, Bus und Bahn.

Die Lärmbelastungen an den Hauptverkehrsadern des Autoverkehrs (Moseluferstraßen, Saarstraße, Paulinstraße, in Kürenz und Ehrang), sind mittlerweile über jedes erträgliche Maß hinaus angewachsen. Hier sind alle Möglichkeiten der Lärmreduktion anzuwenden. Wir fordern eine Citymaut für LKWs, eine Einführung von Tempo-30-Strecken auf stark belasteten Straßen, wie der Saar- oder der Paulinstraße, und in Wohngebieten. Damit die Einrichtung der Tempo-30-Zonen nicht wirkungslos bleibt, brauchen wir auch die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung. Die Verwaltungsvorlage dazu hat die CDU leider erst kürzlich im Rat abgelehnt. Bei der Sanierung von Straßen sind lärmreduzierende Materialien zu verwenden.

3. Radverkehr

Dem Radverkehr kommt eine entscheidende Aufgabe bei der VERKEHRSWENDE zu, da die meisten Verkehre innerhalb der Stadt nur wenige Kilometer betragen. Um den Radverkehr seinem Potential entsprechend zu entwickeln, brauchen wir eine flächendeckende Infrastruktur. Neben dem Lückenschluss der bestehenden Radwege zu einem durchgängigen Netz benötigen wir Radschnellwege. Die bestehenden Radwege an der Mosel müssen so ausgebaut werden, dass sie nicht nur den touristischen, sondern vor allem den alltäglichen Belangen des Radverkehrs gewachsen sind. Das heißt, sie müssen breiter und mit störungsfreiem Belag ausgestattet werden, um die Unfallgefahr zu senken. Die Moselradwege müssen rechts der Mosel bis Konz, und links der Mosel bis Ehrang, massiv ausgebaut werden. Innerhalb der Stadt müssen die Radachsen über Oelwig und das Avelertal ausgebaut werden. Für den Citybereich ist die Umweltspur im Alleenring unumgänglich.

Radwege sind nach Möglichkeit als Radspuren auf der Fahrbahn zu führen. Wenn bauliche Radwege erforderlich sind, sind diese mit „Nullabsenkungen“, also ohne Kanten bei den Bordsteinen zu errichten.

Die Stadt Trier braucht ein Leihradsystem. Die Hauptstation des Leihradsystems am Bahnhof soll auch eine Servicestation für Radreparaturen sein.

Gerade in Trier, mit einer eher schwierigen Topografie für den Radverkehr, gilt es neue Wege zu gehen. Die Verbindung von Pedelecs (Elektrofahrrädern) und dem ÖPNV kann zu einer Erfolgsgeschichte werden. Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass die Fahrgastzahlen im ÖPNV steigen, nachdem Stadtwerke Pedelecs als Zubringer zur Verfügung gestellt und Schnellbuslinien eingeführt

haben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch die Trierer Verkehrsbetriebe sich innovativen Ideen öffnen.

4. Weniger Autos – mehr Platz für alle

Weniger Autos auf Trierer Straßen helfen auch dem Autoverkehr, da Staus vermieden werden. Ein System (z.B. eine Ampelschaltung oder die Straßenbreite), das für einen Durchfluss einer bestimmten Anzahl von Autos geplant war, gerät schon bei einem Auto mehr ins Stocken. Ziel der Verkehrsplanung muss es sein, die Autos, die zu viel sind, von der Straße zu bekommen. Dies können wir durch eine verbesserte Angebotsstruktur an alternativen Verkehren (Rad, ÖPNV, Fußverkehr) erreichen.

Teilweise müssen wir aber auch den öffentlichen Raum vom Autoverkehr zurückerobern. Leider halten sich viele Parkende nicht an die allgemeinen Spielregeln und gefährden so andere Verkehrsteilnehmer*innen. Daher brauchen wir eine konsequente und lückenlosere Überwachung des ruhenden Verkehrs. Wenn schon vorab bekannt ist, an welchen Tagen welche Straßenzüge kontrolliert werden, ist die Überwachung wirkungslos. Wir erwarten vom zuständigen Dezernenten mehr wechselnde Einsatzpläne bei der Ausgestaltung der Parkraumüberwachung.

Die Plätze der Stadt müssen den Bürger*innen wieder als Ruhe- und Lebensraum zurück gegeben werden. Beginnen wollen wir mit dem Augustinerhof, welcher von PKW-Parkplätzen befreit werden soll. Doch auch Plätze außerhalb der Innenstadt müssen entsiegelt und begrünt werden (z.B. Kloschinskyplatz und Leoplatz).

Wir brauchen eine Parkraumbewirtschaftung, die es attraktiv macht, in den zahlreichen Trierer Parkhäusern zu parken. Wir brauchen Park&Ride-Konzepte nicht nur zu Weihnachten. Park&Ride-Parkplätze müssen möglichst nah am Quellverkehr angesiedelt werden.

5. Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer

In kaum einem Lebensbereich sind Konflikte und Sicherheitsrisiken so stark wie im Straßenverkehr. Die Angst vor den stärkeren Verkehrsteilnehmer*innen ist das häufigste Motiv, auf das Fahrrad zu verzichten. Besonders schwächere Verkehrsteilnehmer*innen laufen Gefahr, im wahrsten Sinne des Wortes unter die Räder zu kommen. Die Geschwindigkeit auf Straßen vor KiTas, Schulen, Seniorenwohnstätten und Einrichtungen von Menschen mit Beeinträchtigungen muss auf Tempo 30 gedrosselt werden. Außerdem müssen diese Bereiche gut sichtbar gekennzeichnet und mit sicheren Querungshilfen versehen werden.

Rücksichtsloses Verhalten im Straßenverkehr muss geahndet werden. Dafür brauchen wir die Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung. Die Gefährdung von Menschen und die Beeinträchtigung ihrer gesundheitlichen Unversehrtheit (Unfälle, Krankheit durch Lärm) sind keine Kavaliersdelikte!

Verkehrsregelungen sollten auch immer nachvollziehbar sein, damit sie eingehalten werden. Zu lange Rotphasen für Fußgänger*innen, im Nichts endende Radwege und zu breite Straßen für Autofahrer*innen verleiten immer wieder zu gefährlichem Verhalten. Hier brauchen wir eine Verkehrsplanung, die mitdenkt.

Tempo-30-Zonen senken nicht nur den Lärmpegel, sie sorgen auch für mehr Sicherheit im Straßenverkehr, da sie vor allem schwere Schäden für Unfallopfer vermeiden helfen. Auch aus diesem Grund fordern wir mehr Tempo-30-Zonen in der Stadt.

6. Von Trier in die Welt – von der Welt nach Trier

Wir machen uns stark dafür, dass die Trierer Bahnanbindung ausgebaut wird. Die Angebote des Fernverkehrs müssen verbessert anstatt abgebaut werden. Hier werden wir den Druck auf die Bahn und den Bund aufrechterhalten, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Trier liegt nicht am Rande von Deutschland, sondern im Zentrum Europas und darf verkehrstechnisch nicht abgehängt werden. Eine Region, die sich nachhaltig mobil bewegt, fragt auch mehr Fernverkehre nach.

Wir stehen für eine weitere Aufwertung des Bahnhofes und des Bahnhofsumfeldes, als einem der zentralen Eingangstore der Stadt Trier.

Ein Logistikkonzept für Güterverkehre besteht nicht aus dem Beladen eines LKWs. Wir brauchen eine stärkere Verzahnung von Binnenschifffahrt, Schiene und Straße. Für den Güterverkehr auf der Schiene gilt, ebenso wie für den Güterverkehr auf der Straße, dass alle Maßnahmen zur Lärmvermeidung durchzuführen sind.

Unfinanzierbare, ökologisch schädliche Straßenprojekte - wie den Moselaufstieg und die Meulenwaldautobahn - lehnen wir ab. Wir können jeden Cent nur einmal ausgeben. Jeder Cent, der im Straßenneubau verschwindet, geht uns für den Umweltverbund verloren.

7. Verkehr auf neuen Wegen – die urbane Seilbahn

Die Untersuchungen der Stadtwerke Trier zum Petrisbergaufstieg hatten ergeben, dass eine urbane Seilbahn ein sehr günstiges und effektives Verkehrsmittel zur Erschließung des Höhenstadtteils darstellt. Auch in Koblenz erfreut sich die Seilbahn nach anfänglicher Kritik der Bedenkenräger großer Beliebtheit. Mit diesem Verkehrsmittel sind die topografischen Schwierigkeiten Triers leicht zu meistern. Diese staufreie Art der Fortbewegung spart nicht nur Zeit, sondern auch viel Geld. Wir sind gegen Denkverbote bei innovativen Lösungsansätzen.

8. Mobilitätsmanagement

Bewegung beginnt immer zuerst im Kopf. Wohin will sich wer bewegen und welche Möglichkeiten stehen zur Verfügung? Hier setzt gezieltes Mobilitätsmanagement an: am Bedarf der Verkehrsteilnehmer*innen. Die beste Datengrundlage für die Bedürfnisse finden wir in den Betrieben und an den Schulen, da hier

Wohnort und Betriebsstandort bekannt sind. Hier gilt es genau hinzuschauen, welche Hemmnisse der Nutzung von ÖPNV, dem Carsharing, der Bildung von Fahrgemeinschaften, dem Zufußgehen oder der Nutzung des Fahrrads entgegenstehen. Oft fehlen nur Informationen über bestehende Angebote, oder eine Fahrradabstellanlage im Betrieb oder an der Schule. Manchmal hilft es, den Beginn der Arbeitszeit um wenige Minuten zu verschieben. Die Bereitschaft in den Betrieben und Schulen zur Mitarbeit ist vorhanden. Die Vorteile liegen auf der Hand: weniger Kosten für Stellplätze, weniger Wegeunfälle, geringere Krankenstände. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Trier hier entsprechende Konzepte auf den Weg bringt und den Betrieben Möglichkeiten aufzeigt, mehr für ihre Angestellten zu tun.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtwerke Trier auf dem Weg zur Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger vorangehen und sich zu einem modernen Mobilitätsdienstleister weiterentwickeln.

Gerade beim Mobilitätsmanagement ist eine interkommunale Zusammenarbeit notwendig. Hier ist der VRT gefordert. Wir werden uns dafür einsetzen, dass er seinen Verpflichtungen einer zukunftsweisenden Verkehrssteuerung nachkommt.

Unterstützung von Landesseite, wie in Baden-Württemberg erfolgreich praktiziert, hilft Kommunen, Maßnahmen zur Förderung des Umweltverbunds und Mobilitätsmanagement gemeinsam umzusetzen und Synergieeffekte zu nutzen. Der Landesbetrieb Mobilität in Rheinland-Pfalz ist bisher zuständig für den Bau und Unterhalt von Straßen sowie Radwegen an Landesstraßen. Eine Erweiterung seines Aufgabenspektrums um landesweites Mobilitätsmanagement würde unsere verkehrspolitischen Ziele in der Stadt Trier sehr unterstützen.

9. Mobilitätskarte

Wir setzen uns ein für die Einführung einer verkehrsträgerübergreifenden Mobilitätskarte, wie sie in vielen Städten und Regionen längst gelebte Praxis ist. Die Kosten der Karte müssen erschwinglich und sozial gestaffelt sein.

Öko-Energie – ein BürgerInnenprojekt

Die Notwendigkeit der Energiewende - also die Abkehr von einer Atom- und fossil bestimmten Energieversorgung – ist seit der letzten Kommunalwahl noch deutlicher geworden. Während andere Kommunen ihren Anteil an erneuerbaren Energien erfolgreich erhöht haben, wurden in Trier nochmals Millionen Euro in ein Kohlekraftwerk „investiert“, welches sich – neben den ökologischen und gesundheitlichen Schäden - immer mehr als finanzielles Fiasko erweist. Die Entscheidung für diese Investition wurde ohne tatsächliche Kenntnis des Kooperationsvertrages gefällt, und bis heute fehlt der Öffentlichkeit jegliche Transparenz. Wir fordern daher die Offenlegung des Vertrages sowie die Prüfung der Ausstiegsmöglichkeiten der Trierer Stadtwerke (SWT).

Stadtwerke sind klassische Versorgungsbetriebe in BürgerInnenhand, wo Versorgungssicherheit und regionale Wertschöpfung parallel gehen. Dies wird häufig unterlaufen durch Beteiligungen von Großkonzernen mit gegenläufigen Interessen. In Anbetracht der finanziellen Probleme der RWE ist der Erwerb ihres 18,7%-Anteils durch die SWT zu prüfen.

Neueste Studien haben erneut gezeigt, dass Graustrom – also Strom unbekannter Herkunft und Zusammensetzung - fälschlich unter dem Label „Öko“ verkauft wird. Dies gilt auch für die Produkte der SWT. Gleichwohl erkennen wir an, dass diese ihr Engagement für erneuerbare Energien erheblich erhöht haben. Herausgehoben in Projektgröße aber auch Sinnhaftigkeit ist das Projekt, bei Schweich ein Pumpspeicherkraftwerk zu bauen und zu betreiben. Mit Hilfe dieses Pumpspeicherkraftwerkes würde der zukünftigen erneuerbaren Stromversorgung der gesamten Trierer Region ein wichtiges Standbein gegeben, wenn darin regional erzeugter Wind- und Solarstrom gespeichert wird. Nicht unterstützt wird von uns ein Pumpspeicherkraftwerk, in dem Kohle- und Atomstrom eingespeist wird. Daher muss auch bei diesem Projekt Transparenz und BürgerInnenbeteiligung gewährleistet sein – als erste Bedingungen, um Wirtschaftlichkeit und ökologischen Nutzen sachgerecht bewerten zu können.

Weiteres Standbein einer ökologisch besseren Stromversorgung ist die Förderung der E-Mobilität, welche nebenbei auch das Problem der hohen Lärmbelastung mindert. E-Fahrzeuge im Verbund mit intelligenten Stromnetzen bieten enorme Stromspeicherpotentiale. Mit der Anschaffung von Diesel- und Erdgasbussen muss Schluss sein. Bei der Umstellung des städtischen ÖPNV auf elektrisch betriebene Busse soll eine zum Individualverkehr kompatible Lösung angestrebt werden.

Neubauten sind prinzipiell auch mit Solaranlagen auszustatten. Mit der Erstellung eines Dachkatasters für Solaranlagen in Trier (und Umgebung) wurde ein wichtiger Schritt getan, um die vorhandenen Dachflächen zur Stromerzeugung

zu nutzen. Der nächste, notwendige Schritt ist eine statistische Erhebung über die bereits bebaute Fläche sowie Zielvorgaben für die nächsten Jahre, insbesondere hinsichtlich der Dachflächen in städtischem Besitz.

Großes innerstädtisches Potential bieten auch Mini-Blockheizkraftwerke, welche hocheffizient sowohl Strom als auch Wärme produzieren. Wir präferieren ein Modell, bei dem die Stadtwerke als Betreiber solcher Anlagen mit öffentlichen und privaten Immobilienbesitzern zusammenarbeiten. Ebenfalls aktiv vorangetrieben werden soll die gleichzeitige Bereitstellung von Strom und Prozesswärme bzw. -kälte im produzierenden Gewerbe und in öffentlichen Gebäuden.

Anti-Atom: Störfall Cattenom

Die Anti-Atompolitik ist das grüne Ur-Thema schlechthin. Nach über 30-jährigem Kampf gegen die Atomlobby befinden wir uns in Deutschland endlich auf der Zielgeraden. Der Rückbau des einzigen kommerziellen Atommeilers auf rheinland-pfälzischem Boden wird in dieser Legislaturperiode zum Abschluss gebracht, nachdem der Reaktor in Mülheim-Kärlich bereits 1988 stillgelegt worden war. Aufgrund des politischen Drucks nach dem Super-GAU in Fukushima hat die Bundesregierung den bundesweiten Wiedereinstieg in den Atomausstieg verkündet. Nur setzt Frankreich immer noch auf die Stromerzeugung aus Atomenergie. Und in der unmittelbaren Nähe zum AKW Cattenom, das fortlaufend durch Störfälle auf sich aufmerksam macht, sehen wir weiterhin eine Herausforderung, mit lautstarkem Protest seine Abschaltung zu fordern.

Die Ausweisung eines großen Logistikzentrums in Metz kann auch zu einer Zunahme des Güterflugverkehrs führen: Wir bezweifeln, dass Cattenom über ausreichende Schutzmechanismen bei Flugzeugabstürzen verfügt.

Es gilt weiterhin, sinnvolle und effiziente Schutzmaßnahmen im Katastrophenschutz zu verankern. Dazu gehört die Einführung eines Frühwarnsystems, um das wir uns schon in der vergangenen Wahlperiode bemühten.

Wir setzen uns für eine bessere Information der Bürger*innen über die Störfälle im Pannenreaktor Cattenom ein. Dazu soll die Verlinkung des Twitter-Accounts des Cattenom-Betreibers EDF mit der Internetseite www.trier.de dienen. Die über diese Kommunikationsplattform veröffentlichten Nachrichten sollen zeitnah ins Deutsche übersetzt werden.

Die Informationspolitik der Stadt Trier zu anderen Aspekten des Katastrophenschutzes muss verbessert werden. Täglich rollen über unsere Straßen LKWs mit Uranhexafluorid und anderen schwach bis stark strahlenden Materialien. Die Katastrophenschutzpläne der Stadt sind jedoch nur den wenigsten Bürgern bekannt. Dies muss sich ändern.

Trier braucht ein Umweltdezernat

Viele Entscheidungen der nun zu Ende gehenden Wahlperiode beweisen erneut: Die Einsicht in die Notwendigkeit einer modernen Naturschutz- und Umweltpolitik ist bis heute weder im Stadtrat noch in der Stadtverwaltung angekommen.

Stadtentwicklung, Energie, Gebäudemanagement, Mobilität, Klimaschutz, Naturschutz, Ressourceneffizienz – all diese beispielhaft genannten Themen sind nicht mehr Querschnittsaufgabe, sondern vielmehr im 21. Jahrhundert die wichtigste Leitlinie für politische und administrative Entscheidungen. Trier braucht daher endlich ein eigenständiges Umweltdezernat, welches weder Papiertiger noch Reparaturwerkstatt für ökologische Sünden sein darf, sondern mit Kompetenzen und Entscheidungsbefugnissen ausgestattet sein muss. Die bestehenden Dezernate sind in ihren Kompetenzen folglich neu auszurichten, wobei diese Aufgabenreduzierung nicht als Beschneidung zu verstehen ist, sondern zur Verbesserung der Erfüllung der eigenen Aufgaben beiträgt.

Wir stellen uns vor, dass ein solchen Umweltdezernat im Laufe der Zeit federführend in den stadtplanerischen Entscheidungen mitwirkt – gerade weil Umweltpolitik eine Aufgabe ist, die in so gut wie alle anderen Themen involviert ist.

Ökoaudit für alle Einrichtungen im Stadtgebiet

Wir Grüne wollen die Einführung von Ökoaudit-Verfahren für alle öffentlichen und privatgewerblichen Einrichtungen innerhalb des Stadtgebietes. Auch hierfür würde sich das Umweltdezernat als maßgebliche verantwortliche Behörde anbieten. Hauptziele dieses Öko-Controlling müssen Energieeffizienz und CO₂-Reduktion sein. Wichtig ist es auch, die vorhandenen Altlasten zu entfernen, um so einen grünen Neustart zu ermöglichen. Außerdem soll die Straßenbeleuchtung hinsichtlich der Lichtverschmutzung und unter Tierschutzaspekten verbessert werden.

Trier braucht eine Baumschutzsatzung

Bis heute mangelt es Trier an einer Baumschutzsatzung für öffentliche und private Bäume. Bäume erhöhen den Artenreichtum, verbessern die Luftqualität sowie das Kleinklima und sorgen bei vielen Menschen für eine wahrnehmbar höhere Lebensqualität. Daher wollen wir nicht nur eine Baumschutzsatzung, sondern auch ein Baumkataster und ein Baumpflanzungsprogramm.

Ökologische Vielfalt in den Kleingärten

Ebenso fordern wir ökologische Vorschriften für Kleingärten, welche jedoch nicht zu restriktiv sein sollen. Wer sich einen kleinen Platz im Grünen schafft,

sollte diesen auch möglichst frei gestalten können – die derzeitigen Alibipflanzungen, um bestimmte Quoten wie z. B. Gemüseanbau zu erfüllen, sind unangebracht.

Gesunde Luft zum Atmen

Dass Trier wegen seiner Tallage nicht die beste Luftqualität besitzt und deswegen alljährlich Menschen erkranken, ist bekannt. Der Reduzierung von Emissionen aus Verkehr, Industrie und privaten Haushalten muss daher Priorität eingeräumt werden. Hierzu ist auch die Zweckmäßigkeit einer Umweltzone zu prüfen. Eine weitere Verbauung der bestehenden Frischluftschneisen – z.B. durch die Ausführung des Moselaufstiegs oder durch die weitere Ausweisung von Bauungsflächen – lehnen wir ab.

Naturschutzgebiete und Renaturierung

Der Ehranger Wald und der Meulenwald sollen als zusammenhängendes Waldgebiet zu einem Naturschutzgebiet weiterentwickelt werden. Nachdem der Handwerkerpark Feyen nicht mehr verwirklicht wird, ist der nächste konsequente Schritt, mit dem ehemals dafür vorgesehenen Gelände das bereits bestehende FFH-Gebiet zu vergrößern.

Zudem treten die Grünen für die Aufwertung eines vorhandenen Naherholungsgebietes ein: der Mosel. Eine Vitalisierung und – wo möglich - Renaturierung des Moselufers ist nicht nur für die Natur gut, sie brächte auch für Anwohner, Spaziergänger, Radfahrer und die Besucher der Stadt eine deutlich erhöhte Lebens- und Freizeitqualität.

Artgerecht: Unser Tierschutz vor Ort

Die Rahmenbedingungen des Tierschutzes werden zwar von der Bundes- und Landesgesetzgebung bestimmt; es können aber auch auf kommunaler Ebene Schritte unternommen werden, um Tieren ein Leben in artgerechter Haltung zu ermöglichen. Wir wollen hier einige Beispiele nennen, die auch in Trier umgesetzt werden können.

Besonders in der Ferienzeit werden immer wieder ausgesetzte Haustiere aufgefunden. Dies stellt die Tierheime vor große Probleme. Sie müssen gestärkt und so ausgestattet werden, dass sie ihrer wichtigen Aufgabe voll und ganz nachkommen können. Hierzu ist es unumgänglich, die Finanzierung zwischen der Stadt und den umliegenden Kreisen langfristig auskömmlich zu sichern. Das betrifft nicht nur die laufenden Kosten des Betriebs, sondern auch die Instandhaltung der Anlagen.

In Deutschland gibt es vielerorts zu große Katzenpopulationen; es kommt verbreitet zu Katzenelend, Hunger und Krankheiten. Oft jagen die Tiere auch Vögel, die vom Aussterben bedroht sind. Um die unkontrollierte Vermehrung der Katzen zu verhindern, sind wir für eine Kastrationspflicht bei frei laufenden Katzen. Zwar gibt es noch keine bundesgesetzliche Regelung für diese Problematik, aber die Stadt Trier kann hier mit einer entsprechenden Gefahrenabwehrverordnung voran gehen. Vereine, die sich dieser Aufgabe widmen, sollen unterstützt werden.

Das Chippen oder Tätowieren von Freigängerkatzen sollte mit der Kastration einhergehen.

Die Rassenliste bei verhaltensauffälligen Hunden ist kein sinnvolles Instrument zur Problemlösung, zumal das eigentliche Problem nicht beim Tier, sondern ursächlich beim Menschen verankert ist. Ein Lösungsansatz kann die Verpflichtung zum Besuch einer Hundeschule sein. Hierdurch würde langfristig die Anzahl von verhaltensauffälligen Hunden abnehmen.

Die Veterinärämter werden dringend gebraucht, um bei Anzeigen wegen schlechter Haltung eingreifen zu können. Wichtig wäre eine Ausweitung ihrer Kompetenzen. Anordnungen werden häufig nicht befolgt, eine „relevante“ Ahndung (mehr als Bußgelder) ist aber derzeit nicht möglich.

Wildtier- oder Exotendressur: Leider wurden bislang weder in den Kommunen noch auf Bundesebene übergreifende Lösungen für die Wildtier- oder Exotendressur in Zirkussen gefunden. Deshalb sollte die Kommune im Rahmen ihrer Möglichkeiten Maßnahmen ergreifen. Konkret bedeutet das, dass die Pachtverträge mit den Zirkussen so gestaltet werden sollten, dass Wildtiere nicht in

Trier auftreten und auch nicht dorthin gefahren werden können. So könnte z. B. der Pachtvertrag für das Messegelände angepasst werden. Zu dem vom Zirkusverband vorgebrachten Argument, dass Zuschauer unbedingt Tiere sehen wollen, ist anzumerken, dass einem Zirkusbesucher nicht alles geboten werden muss, was er sehen will. Hier sehen wir im Tierschutz gegenüber dem Zuschauerwunsch ein höherwertiges Gut.

Unangekündigte Kontrollen des Veterinärarnantes und der Tierschutzinspektoren halten wir für zwingend notwendig, unabhängig davon, ob die Zirkusse Wildtiere mitführen oder nicht. Die Überprüfung der Haltungsbedingungen ist für jedwede Tierart opportun.

Schule schafft Chancen

GRÜNE Bildungspolitik orientiert sich am Ziel der Chancengleichheit aller lernenden Menschen. Chancengleichheit fällt aber nicht vom Himmel. Die individuellen Lernvoraussetzungen der Menschen erfordern unterschiedlichste Unterstützungssysteme. Ob in Kindergarten, Schule, Beruf oder Seniorenresidenz, das lebenslange Lernen erfordert individuelle Bedingungen. In diesem Gefüge müssen alle Beteiligten ihre Aufgaben erfüllen. Das Land muss die Mittel und die Lehrerkapazitäten bereitstellen, die Stadt muss ihre baulichen Hausaufgaben machen. Die Sanierung der Schulen mit dem Verweis auf fehlende Planungskapazitäten im Baudezernat auf eine unendlich lange Bank zu schieben, ist unverantwortlich und sofort abzustellen.

Das Leitmodell der inklusiven Gesellschaft muss sich auch in den Bildungseinrichtungen widerspiegeln. Ob Kindergarten oder Schule, eine pädagogisch und rechtlich nicht mehr haltbare Separierung von Menschen mit einem besonderen Förderbedarf muss beendet werden. Deutschland hat die entsprechende UN-Konvention ratifiziert und ist verpflichtet, diese auch umzusetzen.

Die Vereinbarkeit von Schule und Beruf bedingt, dass Eltern in Kindergärten und Schulen ausreichend Möglichkeiten haben, die pädagogisch hochwertige Versorgung ihrer Kinder sicherzustellen. Öffnungszeiten müssen die Interessen der Kinder und der Eltern angemessen berücksichtigen.

Chancengleichheit muss auch für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Bildungseinrichtungen gelten. Die Fast-Monopolstellung der kirchlichen, insbesondere der katholischen Kindergärten hat zur Folge, dass die Arbeitsmöglichkeiten von Erzieherinnen und Erziehern, die nicht einem religiös geprägten, katholischen Lebensmodell entsprechen, in der Stadt Trier extrem eingeschränkt sind. Im Sinne des gesetzlich verankerten Subsidiaritätsprinzips, das eine Trägervielfalt zu Grunde legt, muss die Stadtverwaltung ihr Bestreben auf der Suche nach nichtkirchlichen Trägern weiter intensivieren, ggfls. selbst die Trägeraufgaben übernehmen.

Im Sinne einer ganzheitlichen Förderung muss die Stadt dafür Sorge tragen, dass eine qualitativ hochwertige, gesunde Ernährung in den Einrichtungen gewährleistet wird. Was gut schmeckt, muss nicht gesund sein, und was gesund ist, muss auch gut schmecken. Eine Qualitätskontrolle, die sich an klaren, überprüfbaren Kriterien orientiert, muss das Ziel sein. Regionale, biologisch erzeugte Produkte müssen bei der Zubereitung des Essens von heranwachsenden Menschen im besonderen Maß eingesetzt werden.

Nachdem wir uns massiv und erfolgreich für den Erhalt der Schulsozialarbeit eingesetzt haben, werden wir uns dafür einsetzen, dass diese sinnvolle Arbeit auf

immer mehr Schulen ausgeweitet werden kann. Als Verbindung zur Jugendhilfe ist sie eine wichtige Schnittstelle um zielgerichtet und frühzeitig Hilfen zur Erziehung einleiten zu können. Wir werden uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass die Schulsozialarbeit auf eindeutige rechtliche Grundlagen gestellt wird und damit eine finanzielle Absicherung der Arbeit gewährleistet wird.

Die GRÜNE Fraktion wird auf eine zügige Umsetzung des Schulentwicklungsplanes achten. Die nicht zu Ende gebrachten Planungen für die Gymnasien und die berufsbildenden Schulen müssen unmittelbar nach der Kommunalwahl eingeleitet werden. Die Raumnot auf der einen Seite und leer stehender Schulraum auf der anderen Seite werden wir nicht weiter hinnehmen. Es sind alle Möglichkeiten der Schulplanung auszuschöpfen, von der Optimierung der Raum- und Gebäudenutzung, der Koordination der Schulprofile bis hin zu einer baulichen Erweiterung.

Die Schulaufsicht der Landesregierung muss endlich dem berechtigten Anliegen der Stadt nach einer koordinierten und verlässlichen Entwicklung der Schulen unter Beteiligung aller, der Eltern, der Schulen und der Kommunen, Rechnung tragen und Planungsbemühungen der Stadt ernst nehmen und unterstützen. Wir GRÜNE werden uns im Rat und in der Landesregierung nachdrücklich dafür einsetzen, dass die Interessen der Stadt angemessen berücksichtigt werden. Städtische Schulentwicklungspläne sind reine Makulatur, wenn ihnen durch völlig eigenständige und undurchsichtige Entscheidungen der Landesaufsichtsbehörden fortwährend die Grundlagen entzogen werden.

Eine bundesweite Studie brachte es erneut an den Tag: Auch in Deutschland können viele Erwachsene, auch viele Berufstätige, gar nicht oder nicht ausreichend lesen und schreiben. Die Volkshochschule Trier hat seit 2011 ein bundesweit vorbildlich breites Bündnis für Grundbildung und Alphabetisierung auf die Beine gestellt und viele ihrer Angebote an neue Orte in die Stadtteile gebracht. Diese Initiative gilt es fortzuführen und zu verstärken.

Die für Kinder kostenlose Nutzung der Stadtbibliothek, niedrigschwellige spannende Bildungs- und Kulturangebote der Museen, Stipendien für die städtische Musikschule, das vom Trierer Kinderbüro triki und der Agenda 21 getragene Zukunftsdiplom für Kinder, aber auch viele inklusive Initiativen und Initiativen für *fair play* im Sport, solche und weitere Beiträge zu mehr Bildungsgerechtigkeit in Trier wollen wir weiterhin tatkräftig unterstützen.

Diese sogenannten freiwilligen kommunalen Aufgaben der Persönlichkeitsbildung zählen für uns zur unerlässlichen Daseinsvorsorge; hierfür müssen auch zukünftig öffentliche Räume kostengünstig zur Verfügung stehen.

„Lernen Vor Ort“ hat als bundesweites Modellprojekt neue übergreifende Kooperationen zwischen unterschiedlichen Institutionen in Gang gebracht und ist dabei, systematisch alles Wissenswerte über Bildung und Bildungswege in dieser Stadt gebündelt und öffentlich zugänglich zu dokumentieren.

Die Hochschulen mit über 20.000 Studierenden sind für Trier eine große Chance. Wir begrüßen die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Hochschulen zu beiderlei Nutzen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch diese Bündnisse zu mehr Bildungsgerechtigkeit und inklusivem Lernen in Trier beitragen. Die bisherige - eher punktuelle - Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Hochschulen ist weiter auszubauen.

Inklusion

Inklusion bedeutet nicht eine verbesserte Integration. Integration setzt immer eine vorherige Ausgrenzung voraus. Der Verzicht und das Vermeiden der Ausgrenzung von Menschen ist Ziel der Inklusion.

Inklusion ist ein Querschnittsthema, das in jedem Bereich der Stadtpolitik Beachtung finden muss. Die Einbindung beeinträchtigter Menschen in den städtischen Alltag schreitet fort, hat aber noch einen langen Weg vor sich. In den Bussen finden Rollstühle und Rollatoren kaum Platz; das Wissen um den demografischen Wandel hat die Innenausstattung der VRT-Fahrzeuge noch nicht erreicht. An Bahnhöfen ist der barrierefreie Zugang zu den Bahnsteigen teilweise versperrt, in vielen öffentlichen Gebäuden haben Menschen mit Behinderung keinen oder nur eingeschränkten Zugang. Formulare sind häufig so weit von leichter Sprache entfernt, dass selbst Fachleute Probleme mit dem Behördendeutsch haben. Gefährliche Verkehrsknoten sind nicht mit Ampeln für Blinde ausgestattet. Bisher gibt es zu wenige Schulen, in denen Inklusion bereits gelingt. Zu häufig werden Schüler mit Behinderung in Förderschulen ausgesondert. Diese Aussonderung resultiert aus den schlechten Bedingungen in den Regelschulen. Die Schulen brauchen bei der Umsetzung der Inklusion intensive Unterstützung durch Beratung und eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung.

Teilhabe und Selbstbestimmung setzen die Mitsprache der Betroffenen unabdingbar voraus. Deshalb setzen wir uns für den Beirat für Menschen mit Behinderung ein. Was wir jedoch nicht wollen, ist, dass dieser dafür verantwortlich ist, die Fehler und Versäumnisse, die bisher gemacht wurden, auszubügeln. Ziel muss es sein, Themen und Schwerpunkte so im Rat zu inkludieren, dass kein exklusiver Beirat mehr notwendig ist.

Wohnen

In den letzten Jahrzehnten sind zahlreiche neue Wohngebiete entstanden. Der Schwerpunkt lag dabei auf Einfamilienhäusern und hochpreisigen Eigentumswohnungen. Bestehende Wohngebiete wurden nicht weiterentwickelt und vernachlässigt. Gleiches gilt für die infrastrukturellen Angebote, wie z.B. die Nahversorgung und die Aufwertung von öffentlichen Aufenthaltsflächen. Diese Entwicklung spiegelt sich in den Miet- und Kaufpreisen von Wohnungen wieder. Die soziale Durchmischung der Stadtteile ist gefährdet. Menschen mit niedrigem Einkommen werden verdrängt und benachteiligt. Eine engagierte Politik der Stadtteilentwicklung muss dafür sorgen, dass Mittel so eingesetzt werden, dass eine Aufwertung ohne Verdrängung ermöglicht und bezahlbarer Wohnraum angeboten wird. Dadurch wird die ganze Stadt lebenswert und nicht nur einzelne Stadtteile für den großen Geldbeutel. Dazu gehören neben der Fortsetzung des

Quartiersmanagements auch Konzepte für generationenübergreifendes Wohnen und barrierefreie Spielplätze. Die sozialräumliche Betrachtung von Inklusion hilft nicht nur derzeit beeinträchtigten Menschen, sich in ihren Wohnquartieren frei zu bewegen, sondern gibt auch Antworten auf den demografischen Wandel.

Die Mietpreise in Trier steigen seit Jahren, in manchen Vierteln im zweistelligen Bereich. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Wohnungen durch die starke Nachfrage. Die schwere Lage auf dem Wohnungsmarkt wird von Vermietern häufig ausgenutzt, um bei Neuvermietungen kräftig an der Preisschraube zu drehen. Vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen werden dadurch benachteiligt.

Altbauten mit Mietwohnungen weichen Neubauten, die als Eigentumswohnungen im hohen Preissegment angeboten werden. Dadurch werden Einwohner, die sich die Mieten nicht mehr leisten können, aus ihrem gewohnten Umfeld verdrängt. Wir werden uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass Rheinland-Pfalz ein Wohnraumsicherungsgesetz nach Hamburger Vorbild erhält, das die Umwandlung von Wohnraum in Büro- und Geschäftsflächen in besonders nachgefragten Gebieten unterbindet, und den Leerstand von Wohnungen für Spekulationszwecke ahnden kann.

Bei neuen Wohngebieten und größeren Baumaßnahmen müssen alternative Projekte bevorzugt und der Anteil sozialen Wohnungsbaus erhöht werden. In Neubaugebieten muss die Errichtung günstiger Wohnbauten – sowohl für Einfamilienhäuser als auch Mehrfamilienhäuser – bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und mit der Vergabe von Grundstücken gefördert werden. In Trier soll jeder seinen Platz haben.

Die Nahversorgung, ÖPNV-Anbindung, Vermeidung von Angsträumen und die Schaffung ausreichender, an den Bedürfnissen der Kinder orientierter Spielflächen muss gewährleistet sein.

Die Sozialwohnungen in städtischem Eigentum sind überwiegend in einem schlechten Zustand, worunter die darauf angewiesenen Bewohner leiden. Die Stadt muss mehr Mittel zur Verfügung stellen um den Bestand in einen guten Zustand zu versetzen und barrierefrei zu gestalten. Der Anteil der Wohnungen mit preisgünstiger Miete muss erhöht werden. Bei Bauvorhaben oder Bebauungsplänen, auf die die Stadt Einfluss hat, muss die vom Stadtrat beschlossene Quote von 25 Prozent Sozialwohnungen eingehalten werden. Die Stadt muss aktiver werden bei der Suche nach Investoren des sozialen und barrierefreien Wohnungsbaus.

Die Stadt muss sich insbesondere bei den Projektentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaften, an denen sie beteiligt ist, für die Umsetzung ihrer sozialpolitischen Ziele einsetzen.

Kinder und Jugend

Die Trägervielfalt im Bereich der Kindergärten ist ausbaufähig. Zu viele Einrichtungen sind konfessionell gebunden. Dies spiegelt nicht die Wünsche der Eltern nach Vielfalt bei der Auswahl wider. Die Sorge, ob und wann man einen Kindergartenplatz bekommt, führt zu Unzufriedenheit bei den Eltern. Noch können Eltern den Kitaplatz nicht frei wählen. Zuschüsse sollen daran gebunden werden, dass die TvöD¹ eingehalten und das Privatleben der Mitarbeiter respektiert wird. Neben den Öffnungszeiten ist auch die pädagogische Ausrichtung für Eltern von zentraler Bedeutung. Mit der Schaffung des ersten Waldkindergartens haben wir den ersten wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Trotzdem fehlen in vielen Kindergärten die Kapazitäten, um Kindern das Spielen im Freien zu ermöglichen, da zu wenig Personal zur Verfügung steht. Auch Qualitätsstandards in Bezug auf Ernährung müssen definiert und eingefordert werden. Dies trifft auch auf die Ausstattung der Einrichtungen und die Fortbildung der Mitarbeiter zu. Das Jugendamt hat in seinen Umfragen belegt: fast alle Trierer Eltern von zweijährigen Kindern wollen einen Kitaplatz. Daher sieht der vom Stadtrat beschlossene Kitabedarfsplan über 500 neue Plätze vor. Wir fordern, dass für die Umsetzung genügend Ressourcen bereit gestellt werden. Fertig geplante KiTas müssen schneller ihre Arbeit aufnehmen, auch um den Unterschied zwischen geplanten und tatsächlichen Kosten möglichst gering zu halten.

Spiel- und Aufenthaltsräume sind in Trier unzureichend. Obwohl Spielraumleitpläne vorliegen, werden die Bedürfnisse von Jüngeren in der Stadtplanung nachrangig behandelt. Investoren werden nicht konsequent zur schnellen Umsetzung der zu den Wohnanlagen gehörigen Spielplätze angehalten. Kinder brauchen Räume in der Stadt, in denen sie sich entfalten können. Für Jugendliche gibt es zu wenig Räume mit Aufenthaltsqualität. Grüne Stadtplanung betrachtet die Interessen aller Bewohner als gleichwertig. Kinder und Jugendliche brauchen eine Stimme. Mit der erfolgreichen Etablierung des Jugendparlaments ist uns ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gelungen. Das Projekt muss weiterhin engagiert unterstützt und gefördert werden.

Auch in Trier gibt es Kinder, die aus verschiedensten Gründen nicht in ihren Familien bleiben können. Um Betroffenen eine möglichst gute Hilfe zu bieten, soll die Unterbringung vorzugsweise in Pflegefamilien anstelle von Heimen forciert werden. Dadurch soll eine kindgerechte Unterbringung ermöglicht werden, die die Leistungsfähigkeit des städtischen Haushaltes nicht überfordert. Die Betreuung der Pflegefamilien muss systematisch und engmaschig erfolgen.

Alleinerziehende sind im Alltag oft benachteiligt. Um Eltern und Kindern finanzielle Sicherheit zu garantieren, muss die Unterstützung von Kindern verbessert werden.

Kinder gehören zu den schwächsten Verkehrsteilnehmern. Sie können Gefah-

¹ Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst

ren nicht im gleichen Maße wie Erwachsene abschätzen. Die Verkehrsplanung, insbesondere im Bereich von Schulen, muss daher so gestaltet werden, dass besondere Sicherheitsanforderungen berücksichtigt sind. Schulwegepläne für die Grundschulen und Unterstufenschüler sind eines der Mittel, die wir einsetzen wollen.

Jugendliche brauchen viel Raum zur Entfaltung. Wir setzen auf gute Betreuung, nicht auf Verbote. Die Angebote müssen so angelegt sein, dass sich junge TriererInnen wohl fühlen und nicht bevormundet werden, aber jederzeit einen Ansprechpartner finden, dem sie vertrauen können. Statt Verboten wollen wir die Prävention fördern. Projekte zur Prävention von Alkoholmissbrauch, Intoleranz und Gewalt sollen noch stärker ausgebaut werden. Deshalb erwarten wir, dass die Stadt Projekte, wie beispielsweise das der Eintracht Trier gegen Homophobie, HaLT gegen Alkoholmissbrauch und die Beratungsangebote der Trierer Aidshilfe tatkräftig unterstützt. Die Jugendsozialarbeit ist wichtiger Bestandteil der städtischen Jugendpolitik und muss in ihrer Vielfalt erhalten bleiben.

Obwohl wir für die Kinder- und Jugendhilfe erreicht haben, dass die aufzuwendenden Mittel zu den Pflichtaufgaben der Kommunen gerechnet werden, steht dies für eine umfängliche Schulsozialarbeit noch aus. Außerdem sehen wir hier das Land in der Pflicht, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Aber auch die Mittel, die sich aus dem gesetzlich geforderten Kinder- und Jugendförderplan ergeben, werden derzeit unter dem Deckungsvorbehalt diskutiert, obwohl der Gesetzgeber hier eindeutige Aussagen zur Notwendigkeit getroffen hat. Die daraus resultierende Unsicherheit der Finanzierung führt zu Planungsunsicherheit und schlechter Bezahlung bei den freien Trägern. Wir fordern daher die Anerkennung der Schulsozialarbeit als Pflichtaufgabe und den zügigen Vertragsabschluss mit den freien Trägern, damit die Fortführung der wertvollen Arbeit dauerhaft gesichert ist.

Homosexuelle Jugendliche sind in einem besonderen Maße Druck ausgesetzt. Ihre Suizidquote ist etwa fünf Mal so hoch wie die heterosexueller Gleichaltriger. Hier besteht eine besondere Verpflichtung, Jugendlichen Hilfestellungen anzubieten. Möglichst im Vorfeld sollte entsprechende Aufklärung und die Benennung von Ansprechpartnern stattfinden. Dies kann nicht allein Aufgabe der einzelnen Schule oder des einzelnen Vereins sein. Die Stadt ist aufgefordert, „offen und bunt“ nicht nur als Lebensweise zu deklarieren, sondern aktiv Strukturen zu schaffen und zu bewahren, die gleichgeschlechtlich Liebende und Transgender unterstützen. Dazu werden wir beitragen.

Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen

Genderbudgeting, also die geschlechtergerechte Verteilung von Haushaltsmitteln, ist ein wichtiger Bestandteil der Stadtpolitik. Die Verteilung der Mittel hat erhebliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten verschiedener sozialer Gruppen. Bisher findet dies nur im Sozialdezernat Beachtung. Die Bedürfnisse beider Geschlechter müssen die gleiche Beachtung finden. In manchen Bereichen

ist die Verteilung der Gelder jedoch so unterschiedlich, dass unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensqualität der benachteiligten Gruppen erkennbar sind. Die Verteilung muss gleichberechtigt gestaltet werden.

Prostitution stellt nach wie vor ein großes Problem dar, da kaum Kontrollen stattfinden. Keine gesetzliche Regelung hat bisher dazu geführt, dass Frauen nicht mehr in den Bordellen und auf der Straße zur Prostitution gezwungen wurden. Dass in Trier Flatrate-Bordelle beworben werden können, zeigt, dass hier eine dringend erforderliche gesetzliche Handhabe fehlt. Die Eingriffsmöglichkeiten auf städtischer Ebene müssen daher stärker genutzt werden. Das Betreiben eines Bordells muss mit strengeren Auflagen einhergehen, damit Menschenhandel und Misshandlungen eingedämmt werden können. Dazu gehören stärkere Kontrollen, sowie der Ausbau von umfangreicheren gesundheitlichen und sozialen Beratungsangeboten. Prostituierte sollen nicht in Randbereiche, wie z. B. die Einsamkeit der Gewerbegebiete, abgedrängt werden, die für die Frauen eine größere Gefahr darstellen. Die angrenzenden Regionen, die Großregion und vor allem der Landkreis, sollen stärker mit eingebunden werden. Wir streben ein gemeinsames Konzept an.

Verbote in Nachbarländern dürfen nicht zu einer Verlagerung der Prostitution in Trier führen. Es sollen daher gemeinsame Problemlösungen erarbeitet werden, die dazu führen, dass die Prostituierten stärker geschützt werden.

Gewalt gegen Frauen und Männer wird in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Trotzdem gibt es eine Vielzahl an Fällen. Als Oberzentrum ist Trier für die Versorgung von Gewaltopfern aus der gesamten Region zuständig. Frauenhäuser und Frauennotruf, aber auch entsprechende Angebote für betroffene Männer müssen daher finanziell angemessen ausgestattet werden. Die Vernetzung aller Akteure muss sichergestellt werden. Bei der Finanzierung ist der umliegende Kreis stärker zu beteiligen. Zudem ist die Zusammenarbeit mit der Polizei im Bereich Prävention zu verstärken. Dieses Thema wird bislang im Rat zu wenig aufgegriffen, obwohl es ganz entscheidend für das Lebensgefühl in der Stadt ist.

Die Stadt Trier hinkt bei der Gleichberechtigung in der Erziehung hinterher. Nur sehr wenige Männer nehmen die Elternzeit in Anspruch. Dass das anders sein kann, zeigt z.B. die Kreisverwaltung Wittlich, deren Bilanz viel besser aussieht. Hier sind Initiative und Ideen gefragt.

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass Frauen und frauenspezifische Belange im Rat nur dann berücksichtigt werden, wenn mehr Frauen im Stadtrat vertreten sind. Quotierte Listen stellen für alle Akteure einen größeren Anreiz für die verstärkte Einbindung von Frauen dar. Wir setzen uns daher für quotierte Listen bei Kommunalwahlen ein.

Sport

Sport hat eine fundamentale Bedeutung für das Zusammenleben in einer Stadt. Soziale Beziehungen, Mannschaftsgeist und Zusammenhalt haben einen großen Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen. Die Gesundheit wird von klein auf bis ins Alter gefördert. Sport bringt Menschen zusammen, fördert Toleranz und Akzeptanz und erleichtert Integration. Dabei liegt unser Augenmerk auf der Förderung von Breitensport, während Profisport sich weitestgehend selbst finanzieren soll. Viele Vereine unterstützen Kinder aus Familien, die sich eine Vereinsmitgliedschaft nicht leisten können, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren.

Der Sportetat macht einen zu geringen Teil des Gesamthaushaltes aus. Für die Erhaltung eines breitgefächerten Angebots braucht es eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Die Unterstützung der Vereine, die sich für Integration und Diskriminierungsfreiheit einsetzen, ist selbstverständlich. Die zumeist ehrenamtlichen Betreuer verdienen Fortbildungsangebote und öffentliche Anerkennung. Wenn ehrenamtliche Vereine eine Umstrukturierung zum hauptamtlichen Betrieb umsetzen wollen, brauchen sie Unterstützung durch die Stadt, z. B. ist eine Anschubfinanzierung über Pilotprojekte durch die Stadt denkbar. Erhalt und Sanierung der Sportstätten müssen eine größere Bedeutung erlangen. Augenblicklich ist die Ausstattung Triers mit geeigneten Hallen und Sportplätzen unzureichend. Die Mittel müssen auf Grundlage des Sportentwicklungsplans geschlechtergerecht verteilt werden. Daher sollen Sportarten, die hauptsächlich von Frauen betrieben werden, im gleichen Umfang unterstützt werden wie Sportarten, die überwiegend von Männern nachgefragt werden. Um der großen Bedeutung des Sports gerecht zu werden, soll die Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Schulen und Betreuungseinrichtungen für Kinder unterstützt werden. Dabei wollen wir auch die freien, nicht in traditionellen Sportvereinen organisierten Sportarten fördern. Die wachsende Bedeutung des Individualsports drückt sich in der aktiven Skaterszene Triers aus. Die Beibehaltung der Skaterhalle in Trier-West oder deren Umzug in eine noch zu findende Stätte steht für uns ganz oben auf der Agenda.

Bei der Neugestaltung des Moselufers soll eine stärkere sportliche Nutzung vorgesehen werden. Eine Verlegung des Moselstadions lehnen wir ab.

Integration: Willkommen in der Vielfalt

Trier ist ein gutes Beispiel dafür, dass Menschen von unterschiedlichster Herkunft und kulturellem Hintergrund gemeinsam leben können. Dies liegt an der Grenznähe, den vielen Zuwanderern aus europäischen und nichteuropäischen Staaten, Studierenden unterschiedlichster Nationalität und den vielen Touristen, die, wenn auch nur für jeweils ein paar Tage, das Bild eines bunten und vielfältigen Trier ergänzen.

Dies bedeutet aber nicht, dass für Migrantinnen und Migranten in Trier alles gut wäre. Im Gegenteil. Der größte Schandfleck Triers, das sogenannte „Ausreisezentrum“ ist zwar durch die rot-grüne Landesregierung geschlossen worden. Zuvor war ein grüner Antrag im Stadtrat beschlossen worden, der die Landesregierung zur sofortigen Schließung des Ausreisezentrums aufforderte. Dennoch bleibt auch in Trier noch einiges zu tun, um dem Anspruch, Menschen mit Migrationshintergrund wirklich integrieren zu wollen, gerecht zu werden.

Es war deshalb auch ein grüner Vorschlag, dass die Stadt sich auf den Weg macht, ein Integrationskonzept zu erarbeiten. Dies ist auch geschehen, viele hauptamtliche und ehrenamtliche Fachleute haben viel Zeit und Grips in das Konzept gesteckt. Derzeit droht es jedoch in den Mühlen der Verwaltung unterzugehen. Die einzelnen Dezernate werden mit der Aufgabe alleine gelassen. Obwohl der Oberbürgermeister das Thema zur Chefsache erklärt hat, lässt er nun Führung und Unterstützung für die Verwaltung vermissen. Dies gilt insbesondere für die nach wie vor fehlenden finanziellen Ressourcen, obwohl allen Beteiligten bewusst ist, dass sich ein Integrationskonzept nicht zum Nulltarif umsetzen lässt. Es gibt aber auch Maßnahmen, die kein Geld kosten würden. Während das Bürgeramt oder das Finanzamt Trier bei der Bevölkerung insgesamt einen sehr guten Ruf genießt, kann man dies von der Trierer Ausländerbehörde nicht behaupten. Wir wollen weg von dem Verständnis, dass das Aufenthaltsrecht eine besondere Form des Polizeirechts ist und sich die dafür zuständige Behörde entsprechend hoheitlich verhält. Deshalb muss aus der Ausländerbehörde eine Servicestelle für Migration und Integration werden, die den Migrantinnen und Migranten als Servicedienstleister gegenüber tritt, sie berät, über ihre Rechte informiert, ihnen Angebote unterbreitet: Kurz gesagt: die von vielen geforderte Willkommenskultur lebt! Daher wollen wir uns auch dafür einsetzen, dass Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung die städtischen Busse kostenlos nutzen können, damit sie sich in der Stadt bewegen können.

Auch in ihrer Rolle als Arbeitgeber hat die Stadt noch Nachholbedarf. Nach wie vor ist der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund sehr gering. Gerade vor dem Hintergrund zurückgehender Schülerzahlen wird es die Stadt immer schwerer haben, junge Menschen an die Kommunalverwaltung zu

binden. Deshalb liegt es auch in ihrem eigenen Interesse, auf junge Menschen mit Migrationshintergrund offensiv zuzugehen und darum zu werben, ihre berufliche Zukunftsperspektive bei der Stadtverwaltung zu finden.

Zu wirklicher Integration gehört aber auch das Recht auf politische Beteiligung. Deshalb stehen wir nach wie vor dafür ein, dass ein kommunales Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer eingeführt wird.

Die Gruppe, die es am Schwersten hat, sind die Flüchtlinge, die in der Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht werden. Wir begrüßen es, dass sich die Landesregierung entschieden hat, die akute Raumnot in der Dasbachstraße durch Eröffnung einer Außenstelle in Euren einzudämmen. Es freut uns auch, dass der Ortsbeirat Euren diese Maßnahme begrüßt und dadurch ein positives Zeichen gesetzt hat. Obschon das Land in der Hauptverantwortung steht, sehen wir auch bei der Stadt Trier Handlungsmöglichkeiten. So werden Deutschkurse von ehrenamtlich tätigen Lehrerinnen und Lehrern angeboten. Die Stadt Trier weigert sich seit Jahren, diesem Projekt auch nur einen Cent Kostenzuschuss zu zahlen. Das wollen wir für die Zukunft ändern. Von den Stadtwerken erwarten wir, dass sie den BewohnerInnen der Erstaufnahmeeinrichtungen ÖPNV-Tickets zur Verfügung stellen, damit diese während ihres kurzen Aufenthaltes Trier auch kennenlernen können.

Triers Wirtschaft: Nachhaltig und zukunftsfest

Eine Stadt kann dauerhaft nur mit einer starken Wirtschaft bestehen, da sie eine der Grundlagen für die Lebensqualität und die Attraktivität einer Kommune darstellt. Trier hat durch die Bedeutung des Einzelhandels und des Tourismus große Potentiale, die ausgebaut werden können, um die Unternehmen zukunftsfest zu machen. Nur nachhaltige Förderung kann auch zu nachhaltigem Erfolg führen. Die Einzigartigkeit der Stadt und ihrer Menschen machen die besondere Attraktivität des Wirtschaftsstandortes aus, sie muss erhalten und gestärkt werden. Wirtschaft muss möglichst regional ausgerichtet werden, um die Wertschöpfung in der Region zu halten. Für die Erhaltung der Lebensqualität müssen ökologische und solidarische Formen der Ökonomie unterstützt werden. Leben, Arbeiten und Lernen müssen gemeinsam gedacht werden. Öffentliche Daseinsvorsorge muss in Bürgerhand bleiben.

Beteiligung, Daseinsvorsorge, Energie – Trier unternimmt was

Die Stadt ist in vielen Bereichen an Unternehmen beteiligt, die beispielsweise für Energie oder Wasserversorgung zuständig sind. Aber auch auf Unternehmen, die für jeden einzelnen, privat wie geschäftlich, von Bedeutung sind, hat die Stadt erheblichen Einfluss, z.B. auf die Sparkasse. Da diese Unternehmen unverzichtbar für die öffentliche Daseinsvorsorge sind, muss die Stadt ihrer Verantwortung gerecht werden und für eine demokratische, nachhaltige und ökologische Kontrolle sorgen.

Sparkasse Trier - Mehrwert für die Region, nicht für Spekulanten

Die Sparkasse Trier ist ein Unternehmen der Stadt und des Kreises. Ihre Funktion ist die Bereitstellung einer lokalen Finanzinfrastruktur. Wir möchten, dass das von den Kundinnen und Kunden eingezahlte Geld in der Region bleibt. Kundeneinlagen und Gewinne müssen dazu dienen, die lokale Wirtschaft zu fördern und den Menschen in der Region transparente und faire Anlagemöglichkeiten zu bieten. Neben herkömmlichen Anlageformen müssen auch ökologische und nachhaltige angeboten werden. Existenzgründer*innen aus Trier und der Umgebung sollen gefördert werden. Die Bonität darf dabei nicht alleiniges Kriterium sein. So trägt die Sparkasse zur Entwicklung einer individuellen Stadt mit innovativen Unternehmen bei, die den einmaligen Charakter Triers erhalten und weiter entwickeln. Von zweifelhaften Investitionen und Spekulation muss die Sparkasse die Finger lassen!

Energiewirtschaft - Trier steht unter Strom

Die erneuerbaren Energien haben in den letzten Jahren einen gewaltigen Schub für die Entwicklung innovativer Wirtschaftszweige gebracht, so zum Beispiel für Handwerker, die Solaranlagen auf den Dächern der Stadt installiert haben, oder die Stadtwerke, die kontinuierlich den Ausbau von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien betrieben haben. Auch und gerade weil diese Erfolge durch die klimafeindlichen Ideen der großen Koalition in Berlin gefährdet sind, gilt es, die erfolgreichen Ansätze in unserer Region weiter zu verfolgen. Die Chancen einer zukunftsfähigen Wirtschaft liegen in der Versorgung mit erneuerbarer Energie, die nicht klimaschädlich ist und nicht in die Abhängigkeit weniger großer Konzerne führt. Die Stadtwerke sollen daher weiter in zukunftsfähige Energieanlagen investieren. Nachhaltige Unternehmen sollen gefördert werden, z.B. durch die bevorzugte Vergabe neuer Gewerbeflächen. Trier ist zwar eine historische Stadt, aber fossile Brennstoffe und Energiedinosaurier haben damit nichts zu tun!

Vermeiden, Verwerten, Recyceln - Für eine saubere Abfallwirtschaft

Zur besseren Bewältigung der Abfallbeseitigung ist die Stadt Mitglied im Zweckverband Regionale Abfallwirtschaft. Durch den Zusammenschluss mit den umliegenden Landkreisen wird ein wirtschaftlicher und effizienter Umgang mit den Abfällen ermöglicht; es gibt jedoch noch Verbesserungspotential. Die Abfallwirtschaft soll nach den Prinzipien „Vermeiden, Verwerten, Recyceln“ ausgerichtet werden. Wir müssen weg von dem Schema „Sammeln und Verbrennen“. Dafür ist der Abfall zu wertvoll. Die Abfallbeseitigung muss als wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge in der Hand der Kommunen bleiben. Wir wollen den weiteren Ausbau von Beratungsangeboten zur Müllvermeidung durch die A.R.T. Dadurch wird die Nachhaltigkeit gestärkt und ansteigenden Entsorgungskosten vorgebeugt.

Innovation, Wertschöpfung, Regionalität – Trier hat den Plan

Auch planerisch kann die Stadt großen Einfluss auf die Wirtschaft nehmen. Bei der Ausweisung von Gewerbeflächen, der Gestaltung der Innenstadt mit ihren Läden und der Gastronomie oder der Förderung der Kooperation mit den Hochschulen und neuer Ideen: Eine sinnvolle Gestaltungspolitik achtet auf die Balance zwischen Wirtschaft und Umwelt, Alteingesessenen und Neuen. Der Erhalt der Individualität Triers, der Wirtschaftskraft der Stadt und des bürgerschaftlichen Engagements der Menschen bilden die Leitlinien für eine nachhaltige Entwicklung.

Gewerbeflächen - Klasse statt Masse

Um ansiedlungswilligen Unternehmen Raum zu bieten, muss die Stadt Flächen vorhalten. Die Ausweisung muss jedoch unter ökologischen und stadtplanerischen Aspekten erfolgen, sensible Bereiche müssen ausgenommen werden. Konversion soll immer vor Neuausweisung gehen. Das Motto muss lauten: Klasse statt Masse! Wir fordern, dass bei der Vergabe von Flächen solche Unternehmen bevorzugt werden, die regional, nachhaltig und ökologisch wirtschaften. In den Köpfen zukunftsorientierter Unternehmer steckt kein Beton, sondern gute Ideen!

Einzelhandel - Individualität und regionale Wertschöpfung

Wir wollen keine in sich geschlossenen Einkaufszentren, die sich von der Stadt abkapseln. Die bestehende Struktur soll nicht gefährdet werden. Insbesondere die vielen inhabergeführten Geschäfte machen den besonderen Charakter Triers als Einkaufsstadt aus. Anders als bei großen Shopping-Centern, deren Inhaber ihren Firmensitz in aller Regel außerhalb der Stadt haben, bleiben die Einnahmen in Trier und werden auch hier für Investitionen genutzt, die die positive Entwicklung der Stadt fördern. Wir wollen eine Arrondierung der Innenstadt, einen City-Bereich der fußläufig zu erreichen ist, der Straßenzüge mit einschließt, die inhabergeführte Läden haben, auch in weniger lukrativen Lagen. So können die Individualität und das große Potential der City weiterentwickelt werden.

Kooperation zwischen Stadt und Hochschulen - Wertvolle (Ver-)Bindung

Die Kooperation zwischen Stadt und Hochschulen findet in vielfältiger Weise statt, dies gilt es zu erhalten. Es dürfen jedoch nicht nur wirtschaftlich rentable Projekte unterstützt werden. Besonders im Bereich der Kultur, aber auch in anderen Bereichen zeigt sich häufig ein wertvoller Nutzen, der nicht mit Geld bemessen werden kann. Zusammenarbeit zwischen Stadt und Hochschulen fördert die Identifikation der Studierenden mit der Stadt und bewegt einige zum bleiben. So kann das Potential dauerhaft gebunden werden. Die Stadt soll daher eine zentrale Stelle einrichten, die die Kooperation der Stadt mit den Hochschulen gezielt fördert und koordiniert.

Initiativen für alternative urbane Wirtschaft - Innovationskraft stärken

Immer mehr Bürger begeistern sich für alternative Ideen im Bereich Wirtschaft, nicht zuletzt z.B. durch die Berichterstattung über Lebensmittelskandale und ökologische Schäden durch lange Transportwege für Waren. Initiativen, die sich mit neuen Ansätzen zu ökologischen, nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Wirtschaftsweisen beschäftigen, sind grundsätzlich zu fördern, da sie die Lebensqualität, die Innovationskraft und die Anziehungskraft einer Gemeinde erhöhen. Gute Beispiele sind das Repair Café Trier und die Stadtgärten des Ver-

eins Transition Trier e.V.. Erfolgreiche Ideen zur Aufwertung der Kommune resultieren häufig aus ungewöhnlichen Ideen, wie das Konzept der essbaren Stadt Andernach zeigt. Solche Impulse wollen wir auch in Trier. Die Stadt muss ein Ansprechpartner sein und bei Bedarf Hilfestellung geben. Dies kann erfolgen durch Beratung, die Bereitstellung von Brachflächen bis zu deren Weiternutzung und die Freigabe von Mitteln aus dem Haushalt zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Integrationsunternehmen sind unverzichtbare Partner.

Tourismus

Der Tourismus ist ein wichtiges Standbein der lokalen Wirtschaft. Die Nutzung der Potentiale der ältesten Stadt Deutschlands bietet Arbeitsplätze und Einnahmen für die Stadt. Dafür muss jedoch die Einzigartigkeit der Stadt Trier noch stärker in den Vordergrund gerückt werden. Die Jahrtausende alte Kultur- und Naturlandschaft im Herzen Europas muss in ihrer Vielfältigkeit überregional bekannter gemacht werden. Daher setzen wir bei der Entwicklung der Tourismusstrategien auf nachhaltige Konzepte.

Großveranstaltungen in der Innenstadt sind nicht grundsätzlich positiv. Die Unterstützung der ADAC-Rallye hat beispielsweise gezeigt, dass versprochene Besucherzahlen nicht erreicht wurden; der Anstieg der Besucherzahlen erfolgt nur für wenige Tage. Die finanzielle Förderungswürdigkeit solcher Großveranstaltungen durch die Stadt darf nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet, sondern muss auch nach sozialen und ökologischen Kriterien bewertet werden.

Wir fordern daher die Förderung von Tourismus, der auf finanzieller und ökologischer Nachhaltigkeit beruht. Der Kongresstourismus z.B. bietet viele Potentiale: Gute, einladende Hotels, Gaststätten und Veranstaltungsorte in verschiedenen Größen in fußläufiger Entfernung bieten eine einmalige Atmosphäre und können insbesondere auch während der touristisch schwachen Monate für Auslastung sorgen. Die Europahalle samt angeschlossenem Hotel findet hier eine sinnvollere Nutzung als durch die Umwandlung in ein Einkaufszentrum. Die Stadt muss hier ihre Möglichkeiten besser nutzen.

Die Stadt muss sich dafür einsetzen, dass auch das Hotel- und Gaststättengewerbe barrierefreier wird. Wo immer es möglich ist, ohne die historischen Bauten zu beeinträchtigen, müssen barrierefreie Zugänge zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt geschaffen werden.

Auch Rad-, Wander- und Schiffstourismus müssen mehr Beachtung finden. Trier bietet eine einzigartige Verbindung aus Jahrtausende alter Kulturlandschaft und historischen Stätten, die in Verbindung mit sinnvollen Konzepten zu nachhaltig stabilen Besucherzahlen führen wird, ohne dass man sich von einzelnen Großevents abhängig macht. An den historischen Welterbestätten muss Geschichte wieder erlebbar werden und sie müssen zu Orten des öffentlichen Lebens werden, die zum Verweilen nicht nur für Touristen einladen. Öffentliche

Gelder werden somit für Konzepte zur Verfügung gestellt, die die Innenstadt nicht mit Lärm und Abgasen belasten, sondern zu einer dauerhaften Stärkung des Tourismus in Trier führen.

Kultur: Unersetzlich wertvoll

Als gesellschaftlichen Stein des Anstoßes verstehen wir Grüne Kultur; sie ermöglicht uns die Welt mit anderen Augen zu sehen, differenzierter zuzuhören und neu zu denken. Kunst und Kultur sind der entscheidende Schlüssel zur sozialen Teilhabe, die Grundlage ebenso der europäischen Integration und Verständigung wie des "globalen Dialogs". Sie können Impulsgeber für Veränderung und für die ständige Weiterentwicklung unseres Wertesystems sein.

Wir unterstützen den Erhalt des Stadttheaters Trier, mit seinen drei Sparten, als gewachsene kulturelle Einrichtung. Neben den Produktionen des Theaters wirkt es auf vielfältige Weise in die Kultur der Stadt Trier hinein. Die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Institutionen der Stadt und mit der freien Kulturszene muss weiter ausgebaut werden. Wichtig bleibt uns, dass die Möglichkeit eines Theaterbesuchs nicht vom Geldbeutel abhängig sein darf. Daher setzen wir uns für die Einrichtung einer Kulturtafel ein, die das Angebot des Last-Minute-Tickets abrunden soll.

Kultur ist eine Pflichtaufgabe an der Gesellschaft, und muss auch haushalterisch als solche anerkannt werden. Die finanziellen Mittel müssen zum großen Teil vom Land gestellt werden. Während andere Theater im Land neben den Landeszuschüssen auf Staats- oder Rundfunkorchester zurückgreifen können, wird die Musiksparte in Trier nicht gesondert bezuschusst; dies muss geändert werden. Gleichzeitig darf der städtische Anteil der Finanzierung nicht zur Diskussion stehen. Auch dessen Erhöhung veranlasst durch Tarifsteigerungen muss gesichert sein. Um das Theater langfristig zu sichern, müssen die Landkreise sich an der Finanzierung beteiligen, da über die Hälfte unserer Theatergäste aus dem Umland kommt.

Wir müssen alle Wege ausschöpfen, um auf kommunaler Ebene die finanzielle Kulturförderung langfristig durch freiwillige Beiträge der Wirtschaft teilweise zu entlasten. Denn Kultur, ob institutionell oder nicht, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine kulturell vielfältige Stadt ist auch attraktiv für qualifizierte Arbeitnehmer und kann ein Aushängeschild für die heimische Wirtschaft sein. Ebenfalls muss ein Konzept zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den etablierten Kultureinrichtungen wie Stadttheater, Tufa Trier, Exhaus Trier und den neuen und freien Initiativen erstellt werden. Gerade die Kultur darf nicht in starren Institutionen verharren.

Wir fordern eine offene und begrüßende Zusammenarbeit mit kleinen und freien Künstlerinitiativen durch die Verantwortlichen in Rat und Verwaltung. Neue kreative Feste und Events wie im vergangenen Jahr die Illuminale entlang

des Moselufers, dürfen keine organisatorische Zerreißprobe für die Initiatoren werden, sondern verdienen Unterstützung in der Umsetzbarkeit und ermöglichen die Zusammenarbeit verschiedener Kulturbereiche wie Kunst, Musik, Tanz und Artistik.

Im Bereich Kinder- und Jugendkultur unterstützen wir museumspädagogische Angebote für Kinder (Ausstellungen und Aktionen zum Anfassen und Mitmachen) ebenso wie Graffiti insbesondere in der großen Trierer Skaterszene. Hier sollte regelmäßig geprüft werden, wo legale Flächen zur Verfügung gestellt werden können (Bitburger Straße, Unterführungen ...), um dieser Kunstform den notwendigen Raum zu bieten.

Das aktuelle übergreifende Ausstellungsthema der Museen ist ein „Traum von Rom“. Der Besuch unterschiedlicher Kulturstätten wie der Thermen, des Amphitheaters, der Porta Nigra sollte deutlich mehr in den Alltag miteinbezogen werden können - nicht nur als kostspielige Eventstadtführung - sondern mit einfachen Mitteln - als Laufwerbung für Abendvorstellungen zu Brot und Spiele, aber auch Schauspielen und Akteuren die hier eine künstlerische Ausdrucksform finden.

Neben Mittelaltermärkten und Handwerkermärkten kann Trier mehr davon profitieren, die älteste Stadt Deutschlands zu sein, wenn niedrigschwelligere, dezentrale und kostenlose kulturelle Angebote im Alltag Unterstützung erfahren.

Geschichte muss visualisiert werden, sie muss erlebbar und greifbar für den Touristen, den Besucher und uns Trierer werden. Die Barriere zwischen Alltag und Kulturevent muss stärker verschwimmen. Mit den Erlebnisführungen in Trier wurde hier ein Schritt in die richtige Richtung getan, der aber nur ein Anfang sein kann.

Finanzen: Zukunft gestalten und erhalten!

Die Stadt Trier befindet sich nach wie vor in einer dramatischen finanziellen Lage. Die Reform des kommunalen Finanzausgleichs durch die rot-grüne Landesregierung hat den städtischen Haushalt zwar entlastet genauso wie die von den Grünen seit langem geforderte und nunmehr durchgeführte Erhöhung der Gewerbesteuer. Beides reicht jedoch nicht aus, um das in Trier vorhandene strukturelle Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen. Das Ziel eines ausgeglichenen kommunalen Haushalts ist kein Selbstzweck. Es dient der Wiederherstellung von politischen Handlungsspielräumen. Denn die prekäre Haushaltslage bedroht die kommunale Selbstverwaltung existentiell. Für uns hat die Erhaltung der kommunalen Selbstverwaltung oberste Priorität. Die kommunale Demokratie muss durch eine Ausweitung der finanziellen Gestaltungsspielräume deutlich gestärkt werden. Wir sind nicht bereit, uns die Wahrnehmung sinnvoller freiwilliger Aufgaben beschneiden oder gar wegnehmen zu lassen. Deshalb wäre es z.B. falsch, dass Theater aus fiskalischen Gründen ganz oder teilweise (Sparten) aufzugeben.

Der Versuch, den Haushalt durch immer weitere Einsparungen insbesondere beim Personal zu konsolidieren, ist zum Scheitern verurteilt. Denn das Haushaltsdefizit wird wesentlich durch die vom Bund und Land übertragenen Aufgaben verursacht. Deshalb lehnen wir eine kommunale Schuldenbremse ab, da diese die kommunale Selbstverwaltung untergräbt und die Lebensqualität für die BürgerInnen mindert.

Wir fordern daher die Einführung einer garantierten finanziellen Mindestausstattung für die Kommunen in der Landesverfassung. Gleichzeitig sehen wir auch die Notwendigkeit, dass sich die Stadt gegebenenfalls auch mit juristischen Mitteln wehrt, wenn das Land das bereits bestehende Konnexitätsprinzip „Wer bestellt – bezahlt“ verletzt. Wir werden auch kritisch prüfen, ob die Reform des kommunalen Finanzausgleichs durch die Landesregierung ausreichend war. Insbesondere die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel zwischen den Landkreisen und den kreisfreien Städten bedarf mittelfristig einer Nachbesserung. Dazu gehört insbesondere auch die Lösung der Stadt-Umland-Problematik. Wir wollen erreichen, dass auch in Rheinland-Pfalz gilt, dass diejenige Kommune für eine Leistung aufkommt, in welcher die Bürgerinnen und Bürger wohnen, die die Leistung in Anspruch nehmen. Dies ist beispielsweise bei Schülerbeförderung und Unterhalt von Schulen nicht der Fall, denn hier zahlt der Schulträger auch für Schülerinnen und Schüler aus benachbarten Kommunen. Auch bei der Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben müssen sich die benachbarten Kommunen an der Finanzierung beteiligen, da auch ihre Einwohnerinnen und Einwohner von diesen Leistungen profitieren.

Wir sehen aber auch, dass diese Maßnahmen alleine nicht zum Erfolg führen werden. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass auch die Stadt weiter ihre eigenen Einnahmen erhöht. Dies kann durch die Schaffung neuer Einnahmequellen geschehen, aber mittelfristig werden wir auch um eine weitere moderate Erhöhung der Gewerbesteuer und Grundsteuer nicht herum kommen.

Privatisierung ist keine Lösung

Die Stadt hat bereits einen großen Teil ihres städtischen Vermögens veräußert. Wir sind der Meinung, dass eine weitere Veräußerung städtischen Vermögens zur Haushaltskonsolidierung nicht zielführend ist. Auch die Privatisierung von kommunalen Aufgaben z.B. in Public-Private-Partnership (PPP) führt zwar kurzfristig zu Einsparungen, langfristig zahlt die Kommune in der Regel jedoch mehr, da sie den Gewinn des privaten Partners finanzieren muss. Daher lehnen wir solche Kooperationen ab, es sei denn, es kann eindeutig nachgewiesen werden, dass die langfristigen Synergien ausnahmsweise die Mehrkosten übersteigen.

Beim Personal wurde genug gespart!

In der Vergangenheit wurde die Einsparpolitik der Stadt all zu häufig auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Wir sind daher der Meinung, dass durch Personalabbau keine Einsparungen in nennenswertem Umfang mehr zu erzielen sind. Nicht jede Stelle muss notwendigerweise neu besetzt werden, wir wollen jedoch prüfen, ob, sofern eine Stelle nicht mehr neu besetzt werden soll, weil beispielsweise die Aufgabe entfallen ist, die entsprechenden Mittel nicht an anderer Stelle benötigt werden. Sofern die Stellen wieder besetzt werden, muss dies zeitnah geschehen, denn letztlich verursacht eine längere Vakanz Mehrarbeit, die ebenfalls bezahlt werden muss. Stellen, die keine projektgebundenen Stellen sind, sollen von vorneherein unbefristet vergeben werden. So können wir qualifiziertes Personal an die Stadt binden und die hohe Fluktuation eindämmen, die ebenfalls Mehrkosten verursacht.

